



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Positionierung und Strategie

Bekanntermaßen hat im neuen Kabinett Seehofer der Neumarkter Wahlkreisabgeordnete Albert Füracker im Finanz- und Heimatministerium die Funktion als Staatssekretär für Landesentwicklung und Heimat übernommen. In einem Gespräch mit dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München äußerte sich der 45-jährige Oberpfälzer jüngst zum brandaktuellen Thema Kommunaler Finanzausgleich 2014 sowie zur Entwicklung des neuen Aufgabenbereichs Digitalisierung, Landesentwicklung, Demografie und Verwaltungsreform.

Der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), informierte eingangs über ein Schreiben der kommunalen Spitzenverbände in Bayern an Finanzminister Dr. Söder, in der diese ihre Erwartungen und Forderungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2014 darlegen. Sie weisen unter anderem darauf hin, dass „auch wenn es... erneut zu einem Aufwuchs des Kommunalanteils am allgemeinen Steuer- und Einnahmeverbund um rund 85,6 Mio. Euro (plus 2,4 Prozent) kommt, die Kommunen dringend einen höheren Anteil an der Verbundquote, wie dies in anderen Bundesländern auch der Fall ist, benötigen“. Da die kommunalen Haushalte noch mehr unter Druck geraten und deren Handlungsspielräume weiter eingeschränkt worden seien, fordern die Spitzenverbände einen „weiteren kräftigen Schritt in Richtung der von uns angestrebten kommunalen Verbundquote von 15 Prozent“.

Verbundquote

Darüber hinaus wird gebeten, die aktuell bei 51 Prozent liegende Verbundquote wieder auf den einstigen Wert von 65 Prozent anzuheben. Dadurch sollen insbesondere Rückstände im Bereich des kommunalen Straßenbaus und Straßenunterhalts und des ÖPNV abgebaut werden. Hierzu seien zusätzliche Einnahmen aus der Anhebung des kommunalen Anteils im Kraftfahrzeugsteuerverbund zu verwenden.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

„Wichtig ist dabei eine spürbare Erhöhung der Zuweisungen gem. Art. 13 a und b FAG (Beteiligungen, Straßenpauschalen und Winterdienst) um 30 Prozent“, heißt es in dem Papier.

Fördermittel

Aufgrund einer spürbaren Verringerung der kommunalen Bautätigkeit besteht nach Ansicht der Spitzenverbände weiterhin der Bedarf, die Zuweisungen für Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten usw. nach Art. 10 FAG stärker zu fördern. Konkret sollten die Fördermittel um 75 Mio. Euro auf 450 Mio. Euro angehoben werden. Zudem wird es u. a. als notwendig erachtet, die Fördersätze bei Generalinstandsetzungen von gegenwärtig 35 Prozent auf den ursprünglichen Stand von 40 bis 45 Prozent anzuheben, um den in vergangenen Jahren entstandenen Investitionsstau zügig abbauen zu können. Darüber hinaus wird um eine Anhebung der allgemeinen Investitionszuschüsse nach Art. 12 FAG gebeten.

CSU-Parteitag in München:

Lebendiges Bayern, starke Kommunen

Zwei Monate nach den Siegen der Christlich-Sozialen Union bei Landtags- und Bundestagswahl ist Parteichef Horst Seehofer mit seinem bisher mit Abstand besten Ergebnis im Amt bestätigt worden. Auf dem Parteitag in München erhielt er 95,3 Prozent der Stimmen. Ebenfalls wiedergewählt wurden als seine Stellvertreter Barbara Stamm, Peter Ramsauer und Christian Schmidt. Als Stellvertreter neu gewählt wurde Peter Gauweiler.

„Die CSU ist mehr als eine Partei. Sie ist die Bürgerbewegung für Bayern“. Mit diesen Worten hatte Generalsekretär Alexander Dobrindt den Parteitag eröffnet. Seehofer präziserte: „Die Identität zwischen Bayern und der CSU war nie so groß wie heute. 2013 ist das Jahr der CSU. Wer an Bayern denkt, denkt an die CSU. Der Mythos lebt!“ Der Parteichef versprach, bei den Koalitionsverhandlungen die Wahlversprechen der CSU durchzusetzen: die Mütterrente, die PKW-Maut, keine Steuererhöhungen, keine Streichung von Familienleistungen und Verbesserungen beim Länderfinanzausgleich.

Verwurzelung vor Ort

„Was Deutschland jetzt braucht“ - eine klare christlich-soziale Handschrift in Berlin: Unter diesem Motto beschloss der Parteitag einstimmig einen Leitantrag mit den zentralen Positionen der CSU in den Berliner Koalitionsverhandlungen sowie einen Leitantrag zur weiteren Stärkung der Kommunen, der von KPV-

Landesvorsitzendem Stefan Rößle vorgestellt wurde. Darin heißt es: „Die enorme Verwurzelung in der Politik vor Ort ist ein besonderes Kennzeichen der CSU. Sie bleibt die Grundlage für unseren Politikanspruch, dass wir Politik für die Menschen und für alle Landesteile und Regionen Bayerns machen. Bei uns in der CSU hat die Kommunalpolitik quer durch alle Gremien und Verbände eine starke Stimme, bei uns in der CSU ist Kommunalfreundlichkeit quer durch alle politischen Ebenen Richtschnur für unser Handeln.“

Krankenhäuser

Beibehalten werden sollte dagegen die letztjährige Erhöhung bei der Krankenhausförderung auf 500 Mio. Euro. Künftige Erhöhungen bei der Krankenhausfinanzierung sollten für die Förderpauschalen verwendet werden.

Des Weiteren sei festzuhalten, dass die Landkreise und Bezirke trotz gestiegener Umlagekraftzahlen „nicht in der Lage sind,

derungen des demographischen Wandels begegnet werden.

Die den Kommunen gegebene Garantie, dass es keine Abschaffung der Gewerbesteuer gegen ihren Willen geben wird, wird von der CSU erneuert. Eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler und Landwirte lehnt die Partei ab.

Grundsicherung

Sie tritt laut Leitantrag „nicht nur für eine solide verlässliche Einnahmeharmonisierung der Kommunen“ ein, sondern will „die Finanzkraft der Kommunen auch mit Erleichterungen auf der Ausgabenseite sichern“. Dazu seien mit der schrittweisen Kostenübernahme der Grundsicherung durch den Bund bereits substanzielle Fortschritte erreicht worden. Zusätzlich trete die CSU dafür ein, dass sich der Bund auch an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung beteiligt. Dies soll im Zuge der Einführung eines neuen Bundesleistungsgesetzes geregelt werden.

Finanzkraft

Konkret soll die Finanzkraft der Kommunen weiter gestärkt werden. Beim Kommunalen Finanzausgleich sollen die Leistungen des Freistaats an die Kommunen künftig mindestens die heutige Rekordmarke von 7,8 Milliarden Euro betragen. Zugleich müsse der Kommunale Finanzausgleich zielgenau die strukturschwachen Kommunen unterstützen. Damit soll insbesondere den Herausfor-

ihre Umlagesätze spürbar zu reduzieren“. Grund seien die weiterhin rasant steigenden Ausgaben im Sozialbereich. Zwar wirke die sukzessive Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund dämpfend auf die Ausgabenbelastung der Kommunen, „allerdings kann damit der Ausgabenzuwachs nicht gestoppt werden“. Dazu wäre es erforderlich, dass die Kommunen bei den Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen entlastet werden.

Intensive Arbeit

„Wir arbeiten sehr intensiv an den für uns relevanten Themen“, stellte Staatssekretär Albert Füracker eingangs fest. Sehr genau betrachte das neu zugeschnittene Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat das bestehende Breitbandförderprogramm. „In punkto Bürokratieabbau sind wir mit der EU bereits in Verhandlung getreten“, berichtete Füracker. Außerdem müsse man sich mit der Frage beschäftigen, „wie es zu schaffen ist, dass Gemeinden mit unterschiedlicher finanzieller und struktureller Situation zurechtkommen“. Noch vor Weihnachten soll „festgezurr“ werden, wohin die Reise geht. Füracker: „Unser (Fortsetzung auf Seite 4)



Landkreistagspräsident Jakob Kreidl gemeinsam mit Sozialministerin Emilia Müller. Bild: DK

Bayerischer Landkreistag zur Asylpolitik:

Humanität im Vordergrund

Bayern rechnet mit einem gewaltigen Zustrom von Asylbewerbern wie seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr. Wie der Landkreistagspräsident, Miesbachs Landrat Jakob Kreidl und Sozialministerin Emilia Müller nach einer Sonderpräsidiumssitzung des Landkreistags berichteten, werde in diesem Jahr der Zugang bayernweit bei bis zu 18.000 Asylbewerbern liegen. 2007 waren es noch knapp 3.000, 2012 bereits knapp 10.000.

Die Bezirksregierungen wollen im laufenden Jahr insgesamt rund 2.100 neue Plätze in Gemeinschaftsunterkünften schaffen. Die aktuelle Ausbauplanung der Regierungen sieht für 2014 rund 2.500 Plätze vor. Zur Unterbringung wollen die Behörden leerstehende Kasernen nutzen, im Bedarfsfall sollen in manchen Landkreisen aber auch erneut Wohncontainer aufgestellt werden.

ten dauerhaft zu erhöhen. Außerdem werden Bund und Freistaat dringend aufgefordert, möglichst kurzfristig für eine Nutzung leer stehender Immobilien, z. B. Kasernen, als Gemeinschaftsunterkünfte zu sorgen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Möglichkeiten erschöpft

„Wir haben alle Anstrengungen unternommen, menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu finden“, erläuterte Kreidl. Mittlerweile jedoch seien dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten wie in leerstehenden Gasthöfen, Pensionen und zum Teil kirchlichen Gebäuden weitgehend ausgeschöpft. Man sei in den Landkreisen an gewisse Grenzen gestoßen.

„Wir haben deshalb aus Anlass unserer Landrätetagung in Herzogenaurach Alarm geschlagen und sind froh, dass der Freistaat Bayern unsere Forderungen aufgegriffen“, so Kreidl. Der Maßnahmenkatalog sieht unter anderem vor, kurzfristig zusätzliche Kapazitäten in weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel zu schaffen, die Aufnahmekapazitätä-



Jedes Jahr das gleiche Spiel: Dutzende Bürgerbriefe mit Beschwerden über das Schulfrei am Buß- und Betttag landen auf dem Schreibtisch des Rathauschefs. Dass dieser freie Tag nicht unbedingt nur mit Notlösungen überbrückt werden muss, sondern auch tolle Aktionen möglich sind, zeigen jedoch zahllose Beispiele. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Koalitionsvertrag im Bund: Positive Zeichen	Seite 2
Staatsminister Spaenle: Keine neuen Schulreformen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bayerischer Weg für starke Kommunen	3
Nachhaltigkeitspreis: Spitzenplätze für bayerische Kommunen	3
Verabschiedung von Hölzlein: Vollblutpolitiker im besten Sinne	5
GZ-Fachthemen: Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	6-7
Kommunales Verkehrswesen	8
Wasser · Abfall	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD:

Positive Zeichen

Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände in Bayern

Überwiegend positiv bewerten die kommunalen Spitzenverbände in Bayern den vorgelegten Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD. In einer ersten Stellungnahme wies Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl darauf hin, dass der Vertrag viele Forderungen des Bayerischen Gemeindetags aufgreift „und somit zu spürbaren Entlastungen für Gemeinden, Landkreise und Städte führen könnte“.

Hervorzuheben sei vor allem die geplante jährliche Entlastung von 5 Milliarden Euro durch eine Reform der Eingliederungshilfe behinderter Menschen. Wenn hierdurch die Landkreise und Bezirke massiv entlastet werden, müsse dies zu einer erheblichen Senkung der Bezirks- und Kreisumlagen in Bayern führen. „Darauf werden die Gemeinden und Städte bestehen.“

Auch die angekündigte letzte Stufe der Übernahme der Grundsteuer im Alter durch den Bund ist Brandl zufolge ein positives Zeichen: „Damit werden die Kommunen um 1,1 Milliarden Euro entlastet. Auch begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung jeder weiteren Einschränkung der Daseinsvorsorge durch EU-Politiken offensiv entgegen treten will und auf die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips dringt.“

Breitbandausbau

Als Wermutstropfen bezeichnete der Präsident allerdings fehlende Aussagen im Koalitionsvertrag zur finanziellen Förderung des Bundes beim Breitbandausbau: „Den Bürgerinnen und Bürgern 50 Mbit/s bis 2018 zu versprechen ohne Zusage, woher das Geld dafür kommen soll, ist ein großes Wagnis. Der Bund sollte keine Erwartungen wecken, die er selbst nicht erfüllen wird. Hier hoffen Bayerns Gemeinden und Städte auf die weitreichenden Zusagen des bayerischen Finanzministers.“

Auch der Bayerische Landkreistag begrüßt den vorgelegten Koalitionsvertrag, insbesondere die angekündigte Entlastung der Kommunen bundesweit im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich im Zuge einer Reform der Eingliederungshilfe. Allein in Bayern sind die jährlichen Ausgaben für die Eingliederungshilfe zwischen 2000 und 2012 von 1.263 Mio. Euro auf 2.216 Mio. Euro um 953 Mio. Euro (plus 75 %) angestiegen. Rund 740 Mio. Euro davon plant der Bund künftig zu übernehmen.

Wie Präsident Jakob Kreidl deutlich machte, verschaffe der Koalitionsvertrag den Kommu-

nen damit wieder dringend benötigten Handlungsspielraum für wichtige Investitionen, z. B. in Bildung und Infrastruktur – vorausgesetzt er wird auch rasch in die Tat umgesetzt. „Wir hoffen, dass unverzüglich die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden“, so Kreidl.

Gewerbesteuer

Weitere für die Kommunen wichtige Ansätze enthalte der Koalitionsvertrag u. a. bei den Zielsetzungen zur Energiewende, zum Breitbandausbau sowie zur Umsatzsteuerfreiheit für interkommunale Kooperationen, zur Reform der Grundsteuer und zum Fortbestand der Gewerbesteuer. Die Landkreise begrüßen auch die Einführung einer europarechtskonformen Pkw-Maut. Sie ist nach Kreidls Worten nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit zur Kostenbeteiligung ausländischer Kfz-Halter, sondern auch sachlich zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur dringend erforderlich.

In seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Städtetags und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags begrüßt Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, vor allem die in Aussicht gestellten Entlastungen bei den Sozialausgaben. Dies sei ein kommunalfreundliches Signal. Damit trage die voraussichtliche Koalition der hohen Belastung der Kommunen mit Sozialausgaben Rechnung. „Das ist ermutigend, gerade angesichts der kritischen Finanzlage vieler strukturschwacher Städte. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist es richtig, die Ausgaben dafür auch gesamtstaatlich zu finanzieren.“

Ebenso begrüßenswert sei die Aufstockung der Eingliederungsmittel für Arbeitsuchende. Gerade die bessere Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit werde damit erleichtert – ein Thema, das nahezu allen deutschen Städten auf den Nägeln brennt. Positiv zu werten sei außerdem die Zusage von Finanzmitteln für Kinderkrippen, Kitas und Schulen gegenüber den Ländern. „Wir erwarten von

den Ländern, dass sie die nötigen Mittel daraus an die Kommunen weiterreichen“, erklärte Maly.

Die Städte gehen davon aus, dass Bund und Länder auch bei dem wichtigen Thema der Infrastrukturfinanzierung, vor allem im Verkehrsbereich, ein verlässlicher Partner für die Kommunen sein wollen. Maly: „Wir erwarten, dass Bund und Länder gemeinsam die notwendigen Mittel bereitstellen – nicht zuletzt für die Verkehrswege der Kommunen.“

Der Bayerische Bezirkstag wiederum begrüßt, dass das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung im Koalitionsvertrag eine wichtige Rolle spielt. „Nun muss rasch das Bundesleistungsgesetz kommen!“, forderte Erster Vizepräsident Dr. Günther Denzler. Aus Sicht der Bezirke sei es notwendig, den gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen für mehr Inklusion einen sicheren gesetzlichen Rahmen zu geben. Dies fordere der Bayerische Bezirkstag seit vielen Jahren.

Bundesleistungsgesetz

Dazu gehöre insbesondere die Entlastung der hier an vorderster Stelle stehenden Kommunen in Bayern. Die Verankerung eines Bundesleistungsgesetzes im Koalitionsvertrag sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es dürfe, so Denzler, dabei nicht zu Verzögerungen kommen. Eine zeitnahe Umsetzung des künfti-

gen Teilhabegesetzes sei dringend geboten.

Ausdrücklich begrüßt Denzler zudem die Zielvorgabe, den Übergang aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auf den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Davon versprechen sich die Bezirke eine Unterstützung ihrer in die gleiche Richtung gehenden Förderprojekte.

Ausdrückliche Zustimmung des Bayerischen Bezirkstages findet das Ziel der Koalition, einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einzuführen, der insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen bessere und passgenaue Leistungen sichern soll. Der von der Koalition als Sofortmaßnahme vorgesehene Ausbau der bereits bestehenden Betreuungsleistungen sei dringend notwendig.

Mit Blick auf die Kultur sollte verstärkt berücksichtigt werden, dass immer mehr alte Menschen Bildungs- und Kulturangebote nutzen. Auch die Umsetzung der UN-Konvention sei eine Zukunftsaufgabe.

Das Bekenntnis im Koalitionsvertrag, demzufolge ein neues Vergütungssystem in der Psychiatrie und Psychosomatik schwerst psychisch Erkrankte nicht benachteiligen dürfe, wird vom Bayerischen Bezirkstag ebenso begrüßt. Doch wegen der folgenden pauschalen Forderung nach einer Verkürzung der Verweildauer drohe dies ein Lippenbekenntnis zu bleiben, befürchtet Denzler. Denn die durchschnittliche Verweildauer in Bayern liege heute mit 22 Tagen ohnehin schon um 50 Prozent niedriger als vor 20 Jahren. Zudem sei sie je nach Schwerpunkt der Krankheitsbilder von Klinik zu Klinik höchst unterschiedlich.

SGK zum Koalitionsvertrag im Bund:

Perspektive für Kommunen

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern (SGK) begrüßt das Verhandlungsergebnis zwischen SPD und CDU/CSU aus kommunaler Sicht. Viele der Forderungen zur Entlastung der Kommunen aus dem SPD-Wahlprogramm konnten durchgesetzt werden. Der Landesvorsitzende der SGK Bayern, Memmings Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger: „Der Koalitionsvertrag bietet den Kommunen eine Perspektive, die gerade bei den Finanzen dringend nötig ist!“

Das wichtigste Vorhaben sieht Holzinger in der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes im Volumen von fünf Milliarden Euro jährlich. Damit werden die Kommunen von den Leistungen der Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen entlastet. Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes soll eine Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro jährlich kommen. Ivo Holzinger: „Das ist ein großer Erfolg, die Bundes-SGK hat intensiv mit den kommunalen Spitzenverbänden für diese dringend nötige Entlastung gekämpft und sich durchgesetzt.“

Seit langem ein Hauptanliegen für Holzinger ist der Erhalt der Gewerbesteuer. Zwar werde es keine eigentlich nötige Reform geben, aber immerhin eine Garantie der heutigen Regelung: „Das bedeutet Planungssicherheit für Unternehmen und Kommunen und wird hoffentlich den dauernden Attacken aus der Union auf die Gewerbesteuer ein Ende bereiten“. Zusätzlich solle die Grundsteuer reformiert werden, was die SGK Bayern ausdrücklich begrüße.

Ein großes Lob zollt der dienstälteste Oberbürgermeister Deutschlands dem Verhandlungsgeschick des bayerischen SPD-Vorsitzenden Florian Pronold bei den Verhandlungen zur Städtebauförderung. Die bisher gerade mal 100 Mio. Euro sollen auf 700 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden. Davon werde vor allem das Programm „Soziale Stadt“ profitieren, das die abgewählte schwarz-gelbe Koalition ausgetrocknet habe, so Holzinger, der selber ein Soziale-Stadt-Programmgebiet in der Stadt Memmingen hat. □

Ohne entsprechende übergreifende Alternativen in der Sozialgesetzgebung sei eine weitere Verkürzung der Aufenthaltsdauer für schwerer psychisch erkrankte Menschen nicht denkbar. Dies wird nach Denzlers Dafürhalten im Koalitionsvertrag nicht hinreichend berücksichtigt. **DK**

nasium werde es bei der jetzigen Ausgleichsregelung bleiben. Insgesamt gehe es um rund 1,5 Millionen junge Menschen. Das Finanzvolumen bis 2017 betrage rund zehn Milliarden Euro.

Ganztagschulen

Die Kritik der Opposition galt sowohl den Ganztagschulen als auch dem G8 und/oder G9. Die Freien Wähler haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die „überstürzte Einführung“ durch Gesetzesänderung ausgleichen soll. Ausschussvorsitzender Martin Güll (SPD) befand das Ministerreferat zwar „wenig bis gar nicht zielführend“ und wünschte dem Minister viel Zeit zum Nachdenken und zu Hintergrundgesprächen. Er fügte indes hinzu, „wir werden gemeinsam arbeiten“. Spaenle schloß die zweistündige Aussprache mit dem gleichen Wunsch, den er positiv auslegte. Vor dem Hintergrund der Großen Koalition in Berlin setzte er auf Gemeinsamkeit. Schließlich sei der Bund im Bildungswesen auch gefordert. **rm**

Keine neuen Schulreformen

Spaenle verspricht Bürgern und Kommunen möglichst wohnortnahe Schulen

Qualität und Gerechtigkeit sollen in den kommenden Jahren die Grundlage bayerischer Bildungspolitik sein. Diesem Grundsatz entsprechend will Kultusminister Ludwig Spaenle den Anforderungen und Forderungen der Fachinstanzen und Kommunen bis hin zur Finanzausstattung soweit als möglich gerecht werden. Im Bildungsausschuss des Landtags stellte er die von Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung zusammengefaßte Politik für die neue Legislaturperiode zur Diskussion. Allerdings werde man nicht allen Wünschen und Vorschlägen entsprechen können.

Von der Grundschule bis zum Gymnasium gelte es, ein Koordinationssystem für alle Bereiche zu entwickeln und zu befolgen. Die Kosten für diese Agenda 2018 seien auf etwa zehn Milliarden Euro zu veranschlagen.

Qualitätsstandards und Ausbaudynamik seien bedarfsorientiert zu werten. Es gebe keine Garantie für jede Stufe von der Grund- bis zur Hochschule. Bedarforientiertheit sei das Maß. Ob alle 2300 Grundschulen, 415 Gym-

nasien und 366 Realschulen zu halten seien, bleibe zweifelhaft.

Lehrerbildung

Die wohnortnahe Schule habe „höchste Priorität“. Als weitere Faktoren nannte Spaenle die demografische Herausforderung und die Entwicklung der Lehrerbildung. Hier sei an den Hochschulen in der richtigen Abwägung zwischen Ausbildung und Praxis manches zu verbessern. Die umstrittene Ganztagschule sei „eine Frage der weiteren Dynamik“. Für das acht- oder neunstufige Gym-

Seehofer pocht auf Bayerns Kraft

Nach Berliner Koalitions пакт und Wiederwahl als CSU-Chef sieht der Ministerpräsident große Handlungsfreiheit

Mit der überzeugenden Mehrheit persönlich wie parteipolitisch im Rücken hat Ministerpräsident Horst Seehofer nach Unterzeichnung des Abkommens über die Große Koalition in Berlin und der Wiederwahl durch den CSU-Parteitag erneut propagiert, Bayern werde stark bleiben in Deutschland und Europa. Auch seine Landtagsfraktion hat ihn mit demonstrativem Beifall empfangen, und das allmählich beginnende Tagesgeschehen im Maximilianeum bestätigt dies.

Für die SPD hat Fraktionschef Markus Rinderspacher bekräftigt, landespolitisch die Opposition zu bleiben und dabei auch die Mitwirkung des Bundes zu beschleunigen. Von der Mitgliederbefragung erwartet er am 14. Dezember eine ausreichende Zustimmung zur Koalition.

Freie Wähler und Grüne als lupenreine Opposition wollen verschärft agieren, wie Hubert Aiwanger und Margarete Bause schon gezeigt haben. Rinderspacher erwartet „ein Grundmaß an Kooperation“.

Bestätigung

Beim CSU-Parteitag hatte Seehofer mit 95,3 % der Delegierten seine bisher beste Wahl. Vor zwei Jahren waren es nur 89,9%. Ähnliche Ergebnisse gab es bei den vier Stellvertretern. Drei wurden

bestätigt: Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die sich damit bei der Endbereinigung der Beschäftigtenaffäre gestärkt fühlt. Entsprechend war es bei den Bundes-

politikern Verkehrsminister Peter Ramsauer, Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt und Europakritiker Peter Gauweiler. Er ersetzte die aus eigener Erkenntnis nicht wieder angetretene Europa-Ministerin Beate Merk.

Kommunalwahlen 2014

Seehofer deutete in Pressegesprächen an, dass er sich insbesondere von Ramsauer und Gau-

weiler bei den 2014 im März und im Mai anstehenden Kommunal- und Europa-Wahlen eine Magnetwirkung für CSU-Kritiker erhofft, um eine Abwanderung zu Parteien wie die AfD (Alternative für Deutschland), aber auch zur FDP und SPD zu verhindern. Gauweiler hat angekündigt, er werde sich „bei allem einmischen, was ich für richtig halte“. Dies speziell in der Europapolitik. Dem für seine aus deutbaren Erklärungen in Partei und Presse bekannten Horst Seehofer platze es nach seiner Wiederwahl aus vollem Herzen heraus: „Die CSU ist mein Leben!“ Riesenbeifall. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Theo Rottmayer
85667 Oberframmern
am 17.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Schropp
87778 Stetten
am 7.12.

Landrat Reinhardt Glauber
91301 Forchheim
am 14.12.

Bürgermeister Reinhold Stahl
97490 Poppenhausen
am 15.12.

Bürgermeister
Jürgen Westenthanner
82049 Pullach
am 18.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Winfried Strobel
97262 Hausen
am 5.12.

Bürgermeister Roland Grandel
89431 Bächingen a. d. Brenz
am 17.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fredy Arnold
97294 Unterpleichfeld
am 12.12.

Bürgermeister Josef Häusler
83083 Riedering
am 18.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz-Xaver Eckl
94267 Prackenbach
am 8.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roman Berr
92268 Eitzelwang
am 14.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Sandra Dietrich-Kast
89364 Rettenbach
am 9.12.

Bürgermeister Klaus Faatz
96172 Mühlhausen
am 15.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2013:

Spitzenplätze für bayerische Kommunen

Für Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit in Deutschland wurde in Düsseldorf vor 2.000 geladenen Gästen zum sechsten Mal der Deutsche Nachhaltigkeitspreis vergeben. Dabei erhielten unter anderem die (Ober-)Bürgermeister von „Deutschlands nachhaltigsten Städten und Gemeinden“ ihre Auszeichnungen.

Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis ist eine Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und weiteren Partnern. Die Sieger in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Städte und Gemeinden“ erhielten von der Allianz Umweltstiftung zur Umsetzung von innovativen Nachhaltigkeitsprojekten eine Fördersumme von jeweils 35.000 Euro.

Integrierter Prozess

„Deutschlands nachhaltigste Großstadt“ ist Augsburg, bei den Kleinstädten konnte sich Pfaffenhofen an der Ilm durchsetzen. In der Kategorie Governance & Verwaltung errang die Stadt Kempen im Allgäu einen zweiten Platz, außerdem belegte die Gemeinde Furth bei Landshut in den Kategorien „Deutschlands nachhaltigste Kleinstädte und Gemeinden 2013“ sowie „Klima & Ressourcen“ jeweils Platz 3.

Die Fuggerstadt Augsburg wurde für ihren seit Jahren erfolgreich umgesetzten und integrierten Nachhaltigkeitsprozess ausgezeichnet. Nach Ansicht der Jury gelingt es Augsburg, die vielfältigen Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 mit einem umfassenden, integrierten Nachhaltigkeitsmanagement zu verknüpfen.

Wegweisend sei ein ganzheitliches Nachhaltigkeitsleitbild, das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses der Stadtgesellschaft ist (Bürger, Organisationen, Unternehmen, Verwaltung, Politik). Auf die Transparenz von Stadtpolitik und Verwaltungshandeln werde in diesem Zusammenhang besonderer Wert gelegt. Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements besitze Augsburg eine eigene Koordinationsstelle. So sei es in hervorragender Weise gelungen, eine Anerkennungskultur aufzubauen. Die Wirkungsorientierung der vielfältigen Nachhaltigkeitsaktivitäten werde durch ein zukunftsweisendes Monitoring gesichert.

Ressourcenschutz

Momentan bieten 56 Indikatoren aus den Bereichen Ökologie, Soziales und Wirtschaft Grundlagen für künftige Ausrichtungen der Stadtpolitik. Mit den Möglichkeiten einer Großstadt engagiert sich Augsburg im Klima- und Ressourcenschutz. Die Integration ökologischer Belange in die Stadtplanung sei durch eine Biodiversitätsstrategie abgesichert. Der hohe Anteil geschützter Naturflächen diene nicht nur dem Artenschutz, sondern steigere auch die Lebensqualität.

Die Stadt Augsburg ist, zusammen mit den zu 100 % eigenen Stadtwerken, auch im Wasser-

schutz sehr aktiv. Schon im Jahre 2003 wurde eine Abteilung Klimaschutz geschaffen, deren erfolgreiche Arbeit sich durch zahlreiche Projekte dokumentiert. In einer Vereinbarung zwischen Stadt und Wirtschaft sind besondere Anreize für nachhaltig ausgerichtete Unternehmen festgelegt.

Verflechtung

Die funktionierende Verflechtung von unterschiedlichen Nachhaltigkeitsfeldern manifestiert sich aktuell im Aufbau des Innovationsparks Augsburg, der insbesondere auf Technologien im Bereich der Ressourceneffizienz setzt. Unter anderem durch das Netzwerk „Klimaschutz ist unser Handwerk“ nahmen die Arbeitsstellen im Bereich der Umwelttechnologien in den vergangenen Jahren zu. Die Bildung zur Nachhaltigkeit zeichnet sich in Augsburg durch Vielfalt und Kreativität aus - im „Netzwerk Augsburg für Naturschutz und Umweltbildung - NANU!“ sind beispielsweise 130 Mitglieder aktiv. Mit der Umweltstation Augsburg wurde ein weiteres Zentrum zur Vermittlung von Umweltthemen geschaffen. Der innenstädtische ÖPNV wird im Rahmen des Projekts „Augsburg City“ modernisiert und geht mit der Aufwertung öffentlicher Räume einher.

Maßnahmenspektrum

Pfaffenhofen an der Ilm, „Deutschlands nachhaltigste Kleinstadt 2013“, setzt unter dem Motto „Guter Boden für große Vorhaben“

Zum 70. Geburtstag von Dr. Günther Beckstein:

Profiliertes Kommunalminister

Der ehemalige Ministerpräsident und Kommunalminister Dr. Günther Beckstein feierte am 23. November seinen 70. Geburtstag. Ein Feier-Marathon war die Folge: Ende November lud die Nürnberger CSU gut 1.000 Gäste zu einem großen Festakt. Geehrt wurde Beckstein auch von der CSU-Landtagsfraktion sowie von Ministerpräsident Horst Seehofer, der seinen Vorgänger zu einem festlichen Essen mit ausgewählten Gästen auf der Nürnberger Kaiserburg einlud.

Seehofer würdigte seinen Amtsvorgänger für dessen Verdienste um den Freistaat: „Günther Beckstein kann an seinem 70. Geburtstag auf eine beeindruckende Laufbahn zurückblicken. Nur wenigen gelingt es, den Weg bis ins höchste Amt ihrer Heimat zu finden, und ganz wenigen nur unter ihnen ist es vergönnt, mit klaren Entscheidungen die gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig zu prägen. Beides ist ihm gelungen: Als bekennender evangelischer Christ und als leidenschaftlicher Franke im Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten hat er neue Perspektiven eröffnet und als erfolgreicher bayerischer Innenminister die noch heute gültigen Maßstäbe für die innere Sicherheit gesetzt. Der Umstand, dass sein Rat im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und den Terrorismus nach wie vor gefragt ist, bringt die Wertschätzung, die er im internationalen Kreis der Fachleute genießt, sehr schön zum Ausdruck.“

Diese Zeit fällt in eine Phase eines rasanten gesellschaftlichen und technologischen Wandels. Von den „Post-68ern“ bis hin zur digitalen Generation. Als unser über viele Jahre profiliertester



Dr. Günther Beckstein. □

Innenpolitiker hat Günther Beckstein fast drei Jahrzehnte lang die Sicherheitsarchitektur Deutschlands mitgeprägt. Er war und ist noch heute deutschlandweit der Inbegriff für Innere Sicherheit. Er war immer angetrieben von dem Gedanken, dass der Staat den Frieden und die Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger erst einmal garantieren muss, damit diese die Möglich-

keit haben, ihre Lebenschancen zu ergreifen und sich in unserer Gesellschaft zu entfalten. Als Ministerpräsident hat er die Bildungspolitik stark in den Vordergrund gestellt, aufbauend auf der Prämisse, dass Bildungspolitik die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts ist.“

Engagement in evangelischer Kirche

Dr. Günther Beckstein war von 1993 bis 2007 Bayerischer Staatsminister des Innern, von 2007 bis 2008 war er Bayerischer Ministerpräsident. Zudem engagiert er sich ehrenamtlich in der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

In einem persönlichen Schreiben hat auch Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly dem Jubilar zu seinem Ehrenfest herzlich gratuliert: Mit seiner Persönlichkeit und seinem vielfältigen Wirken habe sich Günther Beckstein in der ganzen Bundesrepublik einen außerordentlich hohen Bekanntheitsgrad erarbeitet. Mit ihm „ist er jenseits seiner zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Aufgaben“ bis heute auch ein „Botschafter unserer Stadt und Region“.

Auf seinem langen und überaus erfolgreichen politischen Weg sei Beckstein immer ein Politiker „zum Anfassen“ gewesen, „der ohne Allüren für die Menschen ansprechbar ist“. Wörtlich sagte OB Maly: „Dr. Beckstein war für mich immer ein verlässlicher Partner, wenn es darum ging, gemeinsam in einer ‚Großen Koalition‘ das Beste für Stadt und Region zu erreichen.“ DK



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

zu Recht hat unser Ministerpräsident und Parteivorsitzender Horst Seehofer auf dem jüngsten CSU-Parteitag gesagt: „Bayern ist Spitze und kann sich mit den besten Ländern weltweit messen.“ Dieser Erfolg hat sicherlich viele Ursachen und tagtäglich leisten zahlreiche Menschen hierzu ihren Beitrag. Aus kommunaler Sicht kann man sicherlich stolz behaupten, dass Bayern nicht zuletzt deshalb das erfolgreichste Land in Deutschland und eine der attraktivsten Regionen europä- und weltweit ist, weil unsere Kommunen Herausragendes für die Standortqualität, die guten Lebensbedingungen und die Daseinsvorsorge leisten.



träger ist die politische Kraft vor Ort ein Markenzeichen der CSU. Unsere Kommunalpolitiker haben quer durch alle Gremien und Verbände eine starke Stimme. Eine kommunalfreundliche Politik ist auf allen Ebenen die Grundlage und Richtschnur für das Handeln der Partei.

Unter Beweis gestellt hat die CSU ihr kommunalfreundliches Handeln in den vergangenen Monaten und Jahren vor allem durch ihren Einsatz für eine schrittweise Kostenübernahme der Grundsicherung durch den Bund, die für die Kommunen eine Entlastung in Milliardenhöhe bedeutet. Aber auch der Erhalt der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen und der Kommunale Finanzausgleich 2013 in Rekordhöhe von 7,8 Milliarden Euro sind hervorzuheben.

Dass dieser Kurs auch in Zukunft so fortgesetzt werden soll, konnten wir bereits dem Bayernplan zur Landtagswahl und dem gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl entnehmen. Nun hat die CSU auf ihrem jüngsten Parteitag auch einen Leitantrag zum Thema „Lebendiges Bayern – starke Kommunen“ verabschiedet, in dem sie sich klar für eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzen, für die Sicherung der Daseinsvorsorge in allen Regionen Bayerns und für die Selbstbestimmung der Kommunen einsetzt.

Ein wichtiges Signal zur rechten Zeit, das uns Rückenwind für die anstehenden Aufgaben gibt. Packen wir es gemeinsam an!

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

Bayerischer Weg für starke Kommunen

Dass unsere Kommunen in der Lage sind, ihre Aufgaben vorbildlich zu erfüllen, haben wir zum einen unseren fleißigen Bürgern und Mandatsträgern vor Ort, aber vor allem auch der kommunalfreundlichen Politik unserer bayerischen Staatsregierung zu verdanken. Sie entlastet unsere Kommunen wo möglich und unterstützt wo nötig. Diese Kommunalfreundlichkeit entspringt der enormen kommunalen Verwurzelung der CSU. Mit insgesamt über 12.000 kommunalen Mandats-

ein eindrucksvolles, breit angelegtes Maßnahmenpektrum einer nachhaltigen Stadtentwicklung entgegen. Eine Vielzahl dieser Maßnahmen wurde laut Jury bereits in die Tat umgesetzt. In Pfaffenhofen wird insgesamt großer Wert auf Bürgerbeteiligung gelegt. Dafür steht das 2008 ins Leben gerufene Aktionsprogramm „PAF und DU“ mit intensivem Bürgerdialog in den Stadtentwicklungsprozessen, wie z. B. bei Zukunftswerkstätten und Planungswerkstätten („Das Große Mitmischen 2012“).

Auch das Jugendparlament steht als Beispiel für die aktive Beteiligung der Pfaffenhofener am Stadtgeschehen. Die Stadt verfolgt eine transparente Stadtpolitik, indem sie ihre Bürgerschaft durch diverse Online-Dienste, wie z. B. den Livestream der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates, miteinbezieht. Akzent setzt die Stadt auch in generationenübergreifenden Bildungs- und Integrationsmaßnahmen.

Grüne Technologien

Pfaffenhofen hat sich zu einem Zentrum für Grüne Technologien und schonende Verfahren entwickelt. Mit seinem innovativen Biomasse-Heizkraftwerk hat die Stadt nach Angaben des Umweltbundesamtes bereits 2001 als erste deutsche Kommune das Klimaschutzziel aus dem Kyoto-Protokoll erreicht. Im Januar 2013 hat der Stadtrat den kommunalen Klimaschutz zum vorrangigen Handlungsauftrag gemacht und den „Aktionsplan 2013-2017“ beschlossen. CO₂-Emissionen sollen bis zum Jahr 2030 mehr als halbiert und somit auf drei Tonnen pro Bürger gesenkt werden. Zudem zeichnet sich die Stadt durch eine lange Bio-Tradition aus und setzte frühzeitig auf die Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel.

Die Stadt überzeugte die Jury insbesondere auch als Modellkommune für menschen- und unternehmensgerechte Stadtplanung sowie für Flächenressourcenmanagement. Als zukunftsweisendes Modell für eine umfassende nachhaltige Stadtteilplanung steht das ecoQUARTIER, das konsequent am Nachhaltigkeitsgedanken ausgerichtet ist. DK

Bayerischer Heilbädertag in Bad Königshofen:

Prävention und Gesundheitsmanagement

Der von Ministerpräsident Horst Seehofer angekündigte bayerische Präventionsplan und das betriebliche Gesundheitsmanagement standen im Mittelpunkt des 67. Bayerischen Heilbädertages im unterfränkischen Bad Königshofen (Landkreis Rhön-Grabfeld). Dort diskutierten die Vertreter aus 47 Heilbädern und Kurorten über die Eckpunkte und Forderungen des Bayerischen Heilbäderverbandes zum Präventionsplan.

„Wir möchten ein eigenes bayerisches Präventionsgesetz“, hatte der Vorsitzende des Verbandes Klaus Holetschek im Vorfeld der Tagung betont. „Als Schwerpunkte stellen wir uns folgende Themen vor: Gesundheit als Schulfach in Bayern, Anreize für ein betriebliches Gesundheitsmanagement in den Unternehmen und ein institutionalisiertes Bündnis für Gesunde Mitarbeiter in Bayern.“

Außerdem erwarte der Verband, dass sich die Staatsregierung beim Bund für entsprechende Gesetzesänderungen zur Prävention stark mache. „Die Kur muss zur Pflichtleistung der Kassen werden. Beim betrieblichen Gesundheitsmanagement erwarten wir, dass die steuerlich absetzbaren Beiträge der Unternehmen für Gesundheitsmaßnahmen pro Arbeitnehmer von 500 auf 1.000 Euro erhöht werden. Die Heilbäder und Kurorte in Bayern müssen bei der Weiterentwicklung der Prävention als Kompetenzzentren der Gesundheitswirtschaft mit ihren Ressourcen angemessen beteiligt werden.“

Eigenes Ministerium

Der Bayerische Heilbäderverband begrüße es sehr, dass Horst Seehofer ein eigenes Gesundheitsministerium geschaffen hat, hob Holetschek hervor. Damit bekomme die Gesundheitswirtschaft die Bedeutung, die sie angesichts von über 800.000 Arbeitsplätzen in Bayern längst verdient hat. Mit einer Bruttowertschöpfung von 3,7 Milliarden Euro und über 100.000 Arbeitsplätzen seien die bayerischen Heilbäder und Kurorte ein wichtiger Pfeiler dieser Branche.

Die Politik müsse auch die richtigen Rahmenbedingungen für ein betriebliches Gesundheitsmanagement setzen, forderte der Verbandsvorsitzende. Die bisherigen steuerlichen Anreize für die Unternehmen reichten nicht aus und würden kaum in Anspruch genommen. Positiv beurteilt der Bayerische Heilbäderverband auch, dass Ministerpräsident Seehofer die Marke Bayern stärken und weiter entwickeln will. „Hier sind wir auf einer Linie. Der Bayerische Heilbäderverband hat bereits die Marke ‚Gesundes Bayern‘ entwickelt und darauf seine erfolgreiche Marketing-Strategie aufgebaut. Bayern hat eine starke Wirtschaft mit einer boomenden Gesundheitswirtschaft, die auch im Tourismus eine wichtige Rolle spielt. Das gilt es weiter zu entwickeln.“

Gesundheitsmanagement

Bad Königshofens Bürgermeister Thomas Helbling bezeichnete den Bayerischen Heilbäderverband in seinem Grußwort als die Säule der Gesundheitswirtschaft. Landrat Thomas Habermann verwies darauf, dass man das betriebliche Gesundheitsmanagement im Landratsamt bereits umgesetzt habe. Hier gebe es schon Bewegungsangebote für die Mitarbeiter. Für die Kurorte und Heilbäder sei es notwendig, auch Lebensfreude und Lebensgenuss zu vermitteln.

Hans Scheicher, Amtschef im Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, hatte mehrere Botschaften im Gepäck. Er stellte fest: „Der Tourismus und damit auch die Gesundheitsbranche bleibt (Fortsetzung auf Seite 4)

Prävention und...

(Fortsetzung von Seite 3)
Chefsache.“ Das sei der Grund, warum die Koordinierung der Tourismusförderung komplett ins Wirtschaftsministerium verlagert wurde. Auch Wirtschaftsministerin Ilse Aigner teile seine Meinung, sich stärker um den Tourismus zu kümmern.

Gesundheitstourismus

Eine weitere Botschaft: Der Gesundheitstourismus steht ganz oben auf der Liste. Grund sei auch der demographische Wandel in der Gesellschaft. Eine Lanze brach Schleicher für die Heilbäderförderung und erteilte der Spaßbäderförderung eine Absage. Spaßbäder hätten unter anderem hohe Folgekosten. Hier müsse man differenzieren. Über die Bundesregierung werde man in Bayern darauf drängen, sich Förderungen für Heilbäder-Investitionen nicht von der EU-Ver-

waltung aus der Hand schlagen zu lassen. Angebote eines Bewegungsbadens beispielsweise seien Teil der Rehabilitation.

Digitale Angebote

Unterstützung versprach Schleicher zudem beim Forcieren digitaler Angebote auf dem Gesundheitssektor. So gebe es bereits das Großprojekt eines digitalen „Gesundheitsfinders“, in dem online für die eigenen Beschwerden ein passendes Gesundheitsangebot ausgesucht werden kann. Mit dieser Verbindung von Tradition und Moderne habe Bayern als Gesundheitsstandort international reüssiert. „Es gibt aber nicht mehr nur Laptop und Lederhosen, es gibt auch Apps und Alpis“, so Schleicher. Der Stellenwert der Gesundheitsbranche werde auch an Forschungsprojekten wie dem Medical Valley in Nürnberg deutlich.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand auch die Untersuchung zu den demografischen Herausforderungen an die Gesundheitsversorgung und an die Wirtschaft. Prof. Dr. Günter Neubauer vom Institut für Gesundheitsökonomik in München warnte vor den Folgen des finanziellen Ungleichgewichts zwischen Beitragszahlern und Patienten. Schon heute sei abzusehen, dass es im Jahr 2060 rund 15 Millionen aktive Beitragszahler weniger und rund 5 Millionen Leistungsempfänger mehr in Deutschland geben wird. „Das Ungleichgewicht droht zu einer Überforderung der Beitragszahler und schlechter Versorgung der Patienten zu werden“, warnte Neubauer. Als Konsequenz forderte er eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und der Arbeitswelt in Deutschland.

Dr. Antje Geier vom Rehabilitations- und Präventionszentrum Bad Bocklet informierte über ihre Erfahrungswerte in Sachen betriebliche Gesundheitsförderung. Aufgabe sei es, die Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen, um gesund bis ins Rentenalter zu sein. Auch berichtete sie, dass Arbeitnehmer verschiedene Angebote besonders dann gerne annähmen, wenn diese während der Arbeitszeit stattfinden.

Vernetzung

Oliver Voss und Dr. Jürgen

Positionierung...

(Fortsetzung von Seite 1)
Ziel heißt Flächendeckung. Wir wollen substantielle Veränderungen erreichen.“

Was den demografischen Aspekt anbelangt, so existieren laut Staatssekretär „unheimlich viele Förderprogramme in vielen Ministerien“. Er werde den Versuch starten, dieses Gefüge etwas zu entschlacken und eine Koordinationsfunktion in dem Sinne zu übernehmen, „dass Gelder auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden“. Die zu besprechenden Themen seien vielfältig; die Palette erstreckte sich von der breiten medizinischen Versorgung über die Krankenhausfinanzierung bis hin zu Behördenverlagerungen.

Finanzausgleich

Mit Blick auf den Kommunalen Finanzausgleich, der am 5. Dezember verhandelt wird, beurteilte Füracker Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, wonach der FAG der heuer die Rekordmarke von 7,83 Milliarden Euro erreichte, 2014 nochmals um 1,5 Mrd. Euro erhöht werden sollte, als eine im Bereich der Utopie angesiedelte Vorstellung.

Am meisten Skepsis herrsche im Finanzministerium bei der Frage nach der allgemeinen Verbundanhebung. „Anhebungen in der vorgesehenen Größenordnung werden wohl kaum darstellbar sein“, machte der Staatssekretär deutlich. Die finanziellen Spielräume im Freistaat seien begrenzt. Man wolle Rücklagen beibehalten „für den Fall, dass sich die Wirtschaft in ein konjunkturelles Tal begeben sollte“.

Ansonsten prognostiziert die Steuerschätzung Füracker zufolge „einen moderaten Anstieg der Steuereinnahmen und dies mit überproportionalem Zuwachs bei den Kommunen“. So sei davon auszugehen, „dass sich die finanzielle Situation der Kommunen in der Breite in den nächsten Jahren nicht dramatisch verschlechtern wird“.

Schlüsselzuweisungen

Bei den Schlüsselzuweisungen konnten bislang die Nebenwohnsitze berücksichtigt werden. „Dies wird in dieser Form künftig nicht mehr möglich sein“, so Füracker. Die Zahlen des neuen Zensus werden hier die Basis bilden. Nun gehe es darum, „eine Art Übergangslösung zu finden, wie man dies auch im Sinne der Kommunen abbildern kann“.

Der Staatssekretär plädierte dafür, „aus dem Kommunalbereich heraus geschlossen zu argumentieren“. Gerade beim Thema Landesentwicklung werde es auch aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage im Lande – siehe Anbindegebot – „schlicht nicht möglich sein, ein Programm zu kreieren, das allen in gleicher Weise gefällt“. Hier handle es sich um eine „heikle Angelegenheit, weil wir dadurch die kommunale Familie möglicherweise mehr spalten als einen“. Füracker bat deshalb darum, Forderungen nach Öffnung

Stübner von der Münchner Privatuniversität Campus M21 stellten schließlich das Konzept für das „Bündnis für gesunde Mitarbeiter“ vor, das sie im Auftrag des Bayerischen Heilbäderverbandes entwickelten. Ziele sind eine Vernetzung der beteiligten Partner im Gesundheitswesen und die Entwicklung eines Pilotprojektes, um neue Angebote in den bayerischen Heilbädern und Kurorten zu entwickeln, ihren Erfolg nachhaltig zu steigern und neue Wege in der Gesundheitsprävention zu gehen. **DK**

zierte und langwierige Antragsverfahren schreckte viele Gemeinden ab, die bereit wären, Geld in die Hand zu nehmen. Hierin liege die Hauptursache, „dass bislang erst 308 Gemeinden (Stand 14. November 2013) das Förderverfahren begonnen haben“.

Personeller Einsatz

Auch die Gemeinde Deining habe die Erfahrung machen müssen, „dass der Aufwand und personeller Einsatz bei der Abarbeitung der einzelnen Verfahrensschritte enorm und für eine kleine Gemeindeverwaltung nur schwer zu stemmen ist“. Mittlerweile hätten jedoch die Antragsunterlagen der Regierung der Oberpfalz vorgelegt werden können.

Aus seinen Erfahrungen beim Umgang mit dem Förderprogramm machte Deinings Bürgermeister auf grundlegende Probleme aufmerksam. So schlug Scherer vor dem Hintergrund, dass bei der Festlegung der räumlichen Lage des Erschließungsgebietes nur Gewerbe- und Kumulationsgebiete Berücksichtigung finden dürfen, vor, den einzelnen Gemeinden die stufenweise Entwicklung ihres Gemeindegebiets in Form eines Masterplans eigenverantwortlich planen zu lassen.

Die Festlegung des Gebietes sei nicht zuletzt von vielen technischen Gegebenheiten abhängig. Ohne Unterstützung durch kostenintensive fachliche Beratung sei dies jedoch nicht zu leisten. Der Breitbandatlas, „der die Situation vor Ort nur äußerst grob und unzuverlässig darstellt“, biete keine wirkliche Hilfe.

Individuelle Anschreiben

Zur Ermittlung des tatsächlichen sowie prognostizierten Bedarfs an Breitbanddiensten seien sämtliche Gewerbebetriebe im Gemeindegebiet über eine allgemeine Veröffentlichung sowie durch individuelle Anschreiben zu beteiligen. Scherer: „Man sollte den Gemeinden vertrauen. Kein Bürger würde heute nach schnellem Internet rufen und kein Bürgermeister würde Geld in die Hand nehmen, wenn Breitband mit 16 bis 25 Mbit/s zur Verfügung stünde.“

Ein weiterer Punkt: Die Ausschreibung hat diskriminierungsfrei zu erfolgen, wobei der Wirtschaftslücke Priorität einzuräumen ist. Wenn zum Beispiel eine weniger zukunftssträchtige und deutlich geringere Kosten verursachende Funklösung an Stelle einer Glasfaseranbindung angeboten wird, ist dieser der Vorzug zu geben. Scherer zufolge „kann es nicht sein, dass die Gemeinden ersatzweise eine Gemeinschaftsaufgabe von hohem Stellenwert erledigen müssen und dann nicht einmal mehr entscheiden dürfen, welche Technik zum Einsatz kommen soll“.

Misstrauen

Fazit: Das komplette Förderverfahren ist nach Scherers Auffassung „von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den Gemeinden geprägt, die als die eigentlichen Leistungsträger bereit sind, Verantwortung für eine Aufgabe zu übernehmen, für die sie dem Grunde nach gar keine Verantwortung tragen“. Die EU-Kommission unterstelle eine ständige Verzerrung des Wettbewerbs, „wo es wenig bis gar keinen Wettbewerb gibt“. „Gäbe es einen Wettbewerb, würde man sich nicht über ein bayerisches Förderprogramm und schon gar nicht über die Inanspruchnahme von allgemeinen Steuermitteln der Gemeinde unterhalten müssen, um eine Aufgabe zu stemmen, die an sich als Universaldienstleistung den Telekommunikationsbetreibern in das Pflichtheft hätte geschrieben werden müssen.“ **DK**

Lebendiges Bayern...

(Fortsetzung von Seite 1)
werden wir weiter aufstocken und unbürokratisch gestalten. Damit können wir Kommunen einfacher bei der Umsetzung digitaler Projekte unterstützen.“

Überall in Bayern werden beste Bildungschancen benötigt. Mit einer Grundschulgarantie soll sichergestellt werden, dass jede rechtlich selbstständige Grundschule in Bayern erhalten bleibt. Vorgesehen ist, Ganztagsangebote in allen Schularten bedarfsgerecht auszubauen. Bis 2018 soll jeder Schüler bis 14 Jahre ein Ganztagsangebot wahrnehmen können.

Genossenschaften

Die Energiewende ist das Mega-Projekt für eine moderne und dezentrale Energieversorgung. Die CSU unterstützt daher kommunale und genossenschaftliche Initiativen zur Energieerzeugung. „Unsere Kommunen schaffen so Wertschöpfung in der Region und Akzeptanz in der Bevölkerung.“

„Wir wollen Städte mit bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen, dass es mehr Neubauten von Mietwohnungen gibt. Außerdem sollen Kommunen mit besonderem Wohnungsdruck Mieterhöhungen begrenzen können“, heißt es weiter in dem Leittrag. Darüber hinaus sollen die Kommunen ihre Kinderbetreuungsangebote weiter ausbauen können. In Bayern werde jeder neue Betreuungsplatz einer Kommune vom Freistaat gefördert. Dieses Programm soll über 2014 hinaus für Gebiete mit besonderem Ausbaubedarf fortgeführt werden.

Wohnortnahe Versorgung

Außerdem liegt das Augenmerk auf der Sicherung einer flächendeckenden wohnortnahen medizinischen Versorgung in ganz Bayern. Insbesondere in Gebieten außerhalb der Ballungsräume soll die Niederlassung von Haus- und Fachärzten gefördert werden. Es gelte, überall in Bayern eine optimale Krankenhausversorgung sicherzustellen. Krankenhäuser in unterversorgten Gebieten sollen einfacher als bislang finanzielle Unterstützung erhalten.

Kommunale Zusammenarbeit sei vor allem ein zukunftsweisendes Instrument, den Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu begegnen. „Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, noch intensiver und auf weiteren Handlungsfeldern zusammenzuarbeiten. Gerade kleinere Kommunen können dadurch die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger besser schultern. Wir wenden uns gegen die Umsatzbesteuerung der kommunalen Zusammenarbeit.“

Die CSU stehe für ein dezentrales Bayern mit starken Kommunen. Dies sei Voraussetzung für eine schlanke und bürokratische Verwaltung. „Wir legen Wert darauf, dass kommunale Belange auch in kommunaler Hand bleiben. Überregulierungen durch Brüssel lehnen wir ab.“ Europa dürfe sich nicht in Belange einmischen, die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst re-

geln können. Beispielsweise dürfe die kommunale Trinkwasserversorgung nicht durch Regelungen aus Brüssel gefährdet werden. Die bayerischen Kommunen könnten am besten für sauberes, gesundes und sicheres Trinkwasser sorgen. „Für die CSU steht fest: Sämtliche Belange der Daseinsvorsorge müssen auch weiterhin in der Hand unserer Kommunen bleiben.“ **DK**

Humanität...

(Fortsetzung von Seite 1)

Von allen Beteiligten, namentlich der Immobilien Freistaat Bayern, den Regierungen und den Kommunen wird erwartet, dass geeignete Objekte in ausreichender Zahl als Asylbewerberunterkünfte nutzbar gemacht werden. Die Möglichkeiten von Unterkünten in Modulbauweise und der Betrieb durch Dritte gegen Kostenerstattung sind verstärkt zu nutzen. Asylbewerber, die keine hinreichende Aussicht auf ein Bleiberecht haben, sind vorrangig in Erstaufnahmeeinrichtungen und nicht dezentral unterzubringen. Darüber hinaus ist die soziale Betreuung für Asylbewerber bei dezentraler Unterbringung deutlich auszuweiten. Die Landräte fordern, diese Betreuungsaufgabe in eigener Zuständigkeit erfüllen zu können. Die entstehenden Kosten sind vom Freistaat zu erstatten.

Engagement

„Bei den Gesprächen mit Sozialministerin Müller ist deutlich geworden, dass wir Hand in Hand arbeiten“, betonte der Präsident. Über allem stehe die menschliche Komponente. In vielen Landkreisen sei gerade auch von ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine „großartige Unterstützung“ erfolgt.

Auch Emilia Müller sprach von einem „konstruktiven Meinungsaustausch“ und verwies darauf, dass Bayern für eine „moderne und menschliche Asylpolitik“ stehe. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Asylbewerber, die nach Bayern gekommen sind, sich innerhalb des letzten Jahres fast verdoppelt habe und laut der jüngsten Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weiter ansteigen werde, „müssen wir alle an einem Strang ziehen“, erklärte Müller.

„Präsident Kreidl und ich sind uns einig, dass der Freistaat schnell weitere Plätze schaffen muss“, fuhr die Ministerin fort. Deshalb habe sie bereits die Regierungspräsidenten gebeten, Vorschläge für Standorte für eine Kapazitätsausweitung zu melden. Auch sollen künftig alle un-

begleiteten minderjährigen Asylbewerber von Anfang an in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, um dort besser betreut zu werden und die Möglichkeit eines Schulabschlusses sowie einer Ausbildung geboten zu bekommen. Derzeit wohnen noch fünf Prozent in abgetrennten Bereichen der beiden Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf.

Gemeinschaftsunterkünfte

Müller dankte Kreidl dafür, dass dieser bei seinen Mitgliedern für eine zeitnahe Bereitstellung der hierfür notwendigen Plätze erfolgreich geworben hat. Darüber hinaus arbeiteten die Bezirksregierungen mit Nachdruck daran, die Plätze in den von ihnen betriebenen Gemeinschaftsunterkünften auszubauen. Müller: „Das entlastet die Kreisverwaltungsbehörden. Allerdings werden wir aufgrund des hohen Zugangs nicht auf die Unterbringung durch die Landkreise und kreisfreien Städte verzichten können. Der Freistaat stellt hierfür die Finanzierung sicher.“

Wie Müller hervorhob, setzt sie sich dafür ein, die Asylsozialberatung auch bei der dezentralen Unterbringung weiter auszubauen. „Die erforderlichen Mittel dafür werde ich bei den nächsten Haushaltsverhandlungen beantragen.“ Zudem will die Ministerin die Zeit des Arbeitsverbots im Asylverfahren verkürzen: „Ich möchte, dass die Menschen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Denn der Mensch will in der Regel eine Aufgabe haben und arbeiten. Deshalb werden wir das bei den Koalitionsverhandlungen vorantreiben.“ Derzeit gilt eine Frist von neun Monaten für Asylbewerber im laufenden Verfahren und von zwölf Monaten für geduldete Flüchtlinge.

Als notwendig erachtet Müller in diesem Zusammenhang eine deutliche Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. „Auch dafür setze ich mich bei den laufenden Koalitionsverhandlungen ein“, merkte die Ministerin abschließend an. **DK**

Vollblutpolitiker im besten Sinne

Bezirke verabschiedeten Präsident Hölzlein – Festakt in Landshut

Nach mehr als 40 Jahren politischer Arbeit wurde Manfred Hölzlein, Präsident des Bayerischen Bezirkstags a. D. und Altbezirkstagspräsident von Niederbayern, mit einem feierlichen Festakt in Landshut im Beisein von Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche sowie weiterer Institutionen auf Landes- und Bezirksebene aus seinen Ämtern verabschiedet. Als Festredner würdigte Kommunalminister Joachim Herrmann Hölzleins politische Laufbahn.

Die politische Karriere des mittlerweile 71-jährigen CSU-Politikers hatte mit dem Eintritt in die Junge Union begonnen. 1998 wurde Hölzlein zum Bezirkstagspräsidenten von Niederbayern gewählt – ein Amt, das er bis zum Oktober dieses Jahres inne hatte. Sein Amtsnachfolger in Landshut ist der Freyunger Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich. Landesweit bekannt wurde Hölzlein indes durch seinen Posten als Präsident des Verbands der Bayerischen Bezirke, wie der Bayerische Bezirkstag bis vor Kurzem hieß. 2003 hatte er dieses Amt angetreten.

„Deine Amtszeit als Präsident unseres Kommunalen Spitzenverbandes war eine Zeit außergewöhnlicher Erfolge für die dritte kommunale Ebene“, konstatierte der 1. Vizepräsident des Bayerischen Bezirkstags und Bezirkstagspräsident von Oberfranken, Dr. Günther Denzler. Mit Blick auf das Thema Inklusion wies Denzler darauf hin, dass Hölzlein schon lange vor Inkrafttreten der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung dafür geworben habe, bei der Erarbeitung eines Inklusionsgesetzes sehr sorgsam darauf zu achten, dass eine klare Trennung zwischen den Aufgaben der Sozialhilfe und denen des staatlichen Bildungsauftrages erfolgen muss.

„Dein Credo, dass der Eltern-

wille im Blick auf die Wahl der Schule für die betroffenen Heranwachsenden zu respektieren sei, ging konsequent immer mit einem eindeutigen Bekenntnis auch zum Fortbestand der bewährten Förderschulen im Freistaat einher“, betonte Denzler und ergänzte: „Darüber hinaus war es Dir ein besonderes Anliegen, die offene Behindertenarbeit zu verstärken und auszuweiten, um so niederschwellig die Lebenssituation der Menschen mit Behinderung zu verbessern und möglichst dazu beizutragen, teil- bzw. stationäre Aufenthalte zu vermeiden.“

In Hölzleins Amtszeit als Verbandspräsident fiel auch die wichtige und lange diskutierte Reform bei den Zuständigkeiten der bayerischen Bezirke. „Dank Deines Einsatzes tragen die Bezirke seit dem 1. Januar 2008 nun auch die Verantwortung für alle ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe. Damit können die Bezirke nun langfristig und ohne Wechsel bei den Kostenträgern maßgeschneiderte Hilfskonzepte entwickeln, die sich den Lebenssituationen der betroffenen Menschen anpassen.“

Neben seinem Anliegen, die partnerschaftliche Kooperation des Bayerischen Bezirkstags und der Bezirke mit den Verbänden der

freien Wohlfahrtspflege weiterzuentwickeln, habe Manfred Hölzlein auch in der Psychiatrie wichtige Akzente gesetzt. Alarmiert von der erheblichen Zunahme psychischer Erkrankungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, habe dieser stets auch auf die gesellschaftspolitische Dimension der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen aufmerksam gemacht. Der zügige Ausbau teilstationärer und ambulanter Strukturen durch Tageskliniken, Ambulanzen und Sozialpsychiatrische Dienste sei ihm deshalb ein besonderes Anliegen, das er mit Nachdruck verfolgt habe.

Ein besonderes Augenmerk legte Manfred Hölzlein, im Hauptberuf Richter bzw. Oberstaatsanwalt, auch auf die Forensik. „Hier hast Du Dich immer dafür eingesetzt, die Menschen spüren, dass Du sie magst. Und die Menschen mögen auch Dich. Sie schätzen nicht zuletzt Deine Fähigkeit, schwierigste Sachverhalte anschaulich und allgemein verständlich darzustellen.“ Ob im Stadtrat zu Landshut, für den er im März des kommenden Jahres erneut kandidieren werde, im Bezirkstag von Niederbayern oder auf der Ebene des Bayerischen Bezirkstags – überall habe Hölzlein nicht nur wegweisende Akzente gesetzt, sondern sich vorbehaltlos in den Dienst am Gemeinwesen gestellt. „Du warst ein Vollblutpolitiker im besten Sinne. Und ich betone ausdrücklich, dass ich Deine kommunalpolitische Lebensleistung als bewundernswert bezeichne. Was Du vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik für die Dir anvertrauten Menschen mit Behinderung geleistet

präsident fort. Inzwischen wurde aus dem Verband der bayerischen Bezirke der Bayerische Bezirkstag. Als Verbandspräsident sei Hölzlein immer entschieden dafür eingetreten, dass der Kommunale Spitzenverband der bayerischen Bezirke gleichberechtigtes Mitglied der bayerischen kommunalen Familie ist.

Zu seinen großen Verdiensten als Präsident zähle auch Dein Einsatz für eine stabile und tragfähige Finanzausstattung der Bezirke. Auf Hölzleins maßgebliches Betreiben sei im Jahr 2004 der Einstieg in die Reform des Verteilungsschlüssels für den Finanzausgleich an die Bezirke erreicht worden. Der bis dahin geltende Schlüssel wurde durch einen neuen, gerechteren Schlüssel mit weiteren objektiven Kriterien ersetzt.

Kommunalminister Herrmann hob in seiner Festrede hervor: „Über alle sachpolitischen Erfolge hinweg zeichnet Dich Deine Menschlichkeit aus. Du liebst es, auf die Menschen zuzugehen. Die Menschen spüren, dass Du sie magst. Und die Menschen mögen auch Dich. Sie schätzen nicht zuletzt Deine Fähigkeit, schwierigste Sachverhalte anschaulich und allgemein verständlich darzustellen.“

Ob im Stadtrat zu Landshut, für den er im März des kommenden Jahres erneut kandidieren werde, im Bezirkstag von Niederbayern oder auf der Ebene des Bayerischen Bezirkstags – überall habe Hölzlein nicht nur wegweisende Akzente gesetzt, sondern sich vorbehaltlos in den Dienst am Gemeinwesen gestellt. „Du warst ein Vollblutpolitiker im besten Sinne. Und ich betone ausdrücklich, dass ich Deine kommunalpolitische Lebensleistung als bewundernswert bezeichne. Was Du vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik für die Dir anvertrauten Menschen mit Behinderung geleistet

hat, hat nicht nur Maßstäbe gesetzt, sondern dies alles wird nachwirken“, erklärte Herrmann.

Hölzleins bemerkenswerte Gabe der oft stillen Diplomatie sei den Bezirken stets zu Gute gekommen. Herrmann erinnerte hier an den „Existenzkampf“ der Bezirke vor einigen Jahren, als deren Fortbestand nicht unumstritten war und heftig diskutiert wurde. Hier sei es vor allem Hölzleins Verdienst gewesen, in vielen vertraulichen Gesprächen und Verhandlungen, die sich nicht in den Medien widerspie-

gelten, die Bezirke wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen. Ausdrücklich bekannte sich der Minister an dieser Stelle zur dritten kommunalen Ebene. Mit ihrer Erfahrung gerade im sozialen Bereich seien die sieben bayerischen Bezirke mehr denn je gefragt.

In seinen Dankesworten verwies Hölzlein darauf, dass die Bezirke weiterhin vor großen Herausforderungen stünden. Dabei bleibe die Inklusion das allumspannende Thema, dem sie sich zu stellen haben. **DK**

SPD schlägt bei Kommunalfinanzalarm

Die SPD-Fraktion schlägt angesichts der Finanzsituation vieler bayerischer Kommunen Alarm und fordert noch mehr Unterstützung durch den Freistaat. Der SPD-Experte für Kommunalfinanz, Günther Knoblauch, kritisierte: „Die Straßen sind kaputt, Brücken sind marode, in Schulen regnet es hinein, weil das Geld für die Sanierung fehlt – und Finanzminister Söder brüestet sich gleichzeitig, Schulden zurückzuzahlen. Er rechnet den bayerischen Haushalt dabei aber zu Lasten der Bürger gesund.“

Die SPD brachte das Thema in einer aktuellen Stunde in den Landtag. Knoblauch betonte: „Die Situation in den Kommunen ist für die Bürger unmittelbar und täglich erlebbar. Hier laufen die Alltagsprobleme auf. Hier erkennen die Menschen am schnellsten, was schlecht läuft. Die kleinen und mittleren zentralen Orte im ländlichen Raum können Ihre Leistungen für Kultur, Bildung und freiwillige Leistungen nicht mehr aufrecht erhalten und Belastungen nicht mehr tragen.“

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag eingereicht, der eine angemessene Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen anmahnt, wie sie auch in Art. 83 der Bayerischen Verfassung steht. Die SPD macht sich darin für stärkere Investitionen in die Kin-

derbetreuung, die Schulhausmodernisierung, den Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr stark. Außerdem muss der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen deutlich wachsen. Überschuldete Kommunen benötigen zudem einen Entschuldungsfonds, um wieder auf die Beine kommen zu können.

Knoblauch kritisierte weiter: „Die bayerischen Kommunen wurden finanziell abgehängt. Von 2008 bis 2013 stieg das Volumen des Staatshaushalts um 22,2 Prozent, das des kommunalen Finanzausgleichs aber nur um 18,4 Prozent. Nirgendwo in Deutschland sind die Kommunalschulden höher als bei uns in Bayern. Das kommt davon, wenn die Staatsregierung auf Kosten der Gemeinden ihren Haushalt saniert.“ □

Wo die Zukunft Einzug hält, ist Kabel Deutschland

Das Hybrid-Glasfaser-Koaxialnetz von Kabel Deutschland

Gemeinden im Internet-Ausbaugebiet von Kabel Deutschland sind bereits heute an die multimediale Zukunft angeschlossen. Dank der hohen Bandbreite werden eine zukunftsfähige Versorgung und viele weitere Vorteile gewährleistet:

- ▶ Download-Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s in Ausbaugebieten¹
- ▶ Fernsehen, Internet und Telefon über einen Anschluss¹
- ▶ Ein auch über große Reichweiten leistungsfähiges Netz

Machen Sie jetzt den Verfügbarkeitscheck unter „Produkte an Ihrer Adresse“ auf www.kabeldeutschland.de

Für Informationen zum weiteren Netzausbau in Ihrer Gemeinde wenden Sie sich an: breitbandoffensive@kabeldeutschland.de. Es lohnt sich!

Ihr Kabelanschluss für Fernsehen, Internet und Telefon.

¹) Internet und Telefon von Kabel Deutschland sind in immer mehr Ausbaugebieten mit modernisiertem Hausnetz verfügbar, die Maximalgeschwindigkeit von 100 Mbit/s ist in immer mehr Städten und Regionen der Ausbaugebiete und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar.



Kabel Deutschland

Neuer Unimog und neuer Arocs auf der Agritechnica in Hannover:

Mehr Effizienz in Landwirtschaft und Logistik

Erstmals Euro VI-Motoren in der Landwirtschaft:
Kompromisslose Umweltfreundlichkeit

Zur Agritechnica, der Leitmesse für Technik rund um die Landwirtschaft, kamen vom 10. bis 16. November mehr als 400.000 interessierte Fachbesucher in die Messehallen von Hannover. Hier drehte sich alles um die Vielfalt der Landtechnik, um landwirtschaftliche Betriebsmittel und Management für Pflanzenanbau. Und mittendrin präsentierte Mercedes-Benz Special Trucks seinen neuen Unimog, den ersten Geräteträger, der die europäische Abgasnorm Euro VI für Lkw erfüllt. Außerdem wurde ein spezieller Agrar-Lkw auf Basis des neuen Mercedes-Benz Arocs gezeigt.

Die Motoren der im Frühjahr dieses Jahres vorgestellten Unimog Geräteträger sind BlueEfficiency Power-Aggregate, drei Vier- und zwei Sechszylinder im Leistungsbereich von 115 kW (156 PS) bis 220 kW (299 PS). Die hochmodernen Triebwerke kombinieren niedrigeren Kraftstoffverbrauch – die Einsparung beträgt bis zu drei Prozent – mit höchster Abgasreinheit und erreichen, dass der Unimog trotz des hohen konstruktiven Aufwands zur Einhaltung von Euro VI insgesamt effizienter und sparsamer unterwegs ist.

Zielgerichtete Branchenlösungen

Das ist von besonderer Bedeutung angesichts permanent steigender Transportleistungen in der Landwirtschaft. So transportieren Agrarbetriebe in Deutschland jährlich 500 Millionen Tonnen Güter über immer größere Entfernungen. Die Anforderung, diese Transporte mit hohen Ladevolumina und schnell durchzuführen, erfüllen gerade Branchenlösungen von Mercedes-Benz Special Trucks zielgerichtet und konsequent.

Auch der neue Mercedes-Benz

Arocs in Agrarausführung erfüllt diese Transportanforderungen in der Landwirtschaft. Der Arocs 2042AS mit 310 kW (421 PS) eignet sich als Sattelzugmaschine mit Allradantrieb bestens, um große Transportvolumina mit hoher Geschwindigkeit möglichst effizient ans Ziel zu bringen. Auch der neue Antriebsstrang des Arocs setzt Zeichen: Die Motorleistung wird serienmäßig von automatisierten Mercedes PowerShift 3-Getrieben übertragen.

Freisichtkabine in modernem Design

Auf den ersten Blick erkennt man den neuen Unimog – das Programm umfasst insgesamt acht Modelle vom Unimog U 216 bis zum Unimog U 530 – an seiner Freisichtkabine. Der Kurzhauber hat die Scheibenwischer jetzt über der Windschutzscheibe angeordnet, in den neuen Stoßfängern sind Bi-Halogenscheinwerfer mit Tagfahrlicht integriert. Die sehr gute Sicht auf die Fahrbahn und die Geräte ist zusätzlich verbessert durch das Frontkamera-Monitoringssystem, welches auch den Gerätebau nochmals vereinfacht. Innen trumpft der Unimog mit seinem neuen Multifunktionslenkrad, verstellbarer Lenksäule und optimierten Bedienelementen auf. Der Unimog bietet ein Höchstmaß an Komfort und Sicherheit.

Synergie von Hydrostat und Schaltgetriebe

Eine echte Weltneuheit ist der synergetische Fahrtrieb des Unimog. Die Synergie von Hydrostat und mechanischem Schaltgetriebe

ermöglicht den fliegenden Wechsel während der Fahrt, präzise auf den Einsatz im Gerätebetrieb und auf reinen Transportstrecken abgestimmt. Bisher war beim Wechsel der Systeme ein kurzer Stopp nötig. Außerdem steht jetzt eine neue Arbeitshydraulik für den Geräteantrieb zur Verfügung. Sie arbeitet noch präziser und ganz ohne ruckartige Bewegungen bei einer um 30 Prozent gesteigerten hydraulischen Leistung. Die auf Wunsch lieferbare neue Leistungshydraulik VarioPower als besonders leistungsstarke Alternative zur Arbeitshydraulik erspart jetzt Zapfwellen-Pumpen und Separatmotoren in den Aufbauten.

Die Exponate

In Hannover gezeigt wurde ein neuer Unimog U 423 in Agrarausstattung. Diese ist geprägt durch die spezielle Pritsche, die Agrarbereitung, die neu konzipierte mechanische Heckzapfwelle sowie Front- und Heckkraftheber. Die Kombination ist zugeschnitten sowohl auf den Transport wie auf Feldarbeiten. Der Unimog U 423 hat 170 kW (231 PS) und ein Wendegetriebe mit acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgängen. Permanenter Allradantrieb und die für ihn typischen Portalachsen mit Schraubfedern geben ihm von jeher eine hohe Eignung für die Fahrt im Gelände.

Ein weiterer Unimog auf dem Ausstellungsstand zählt zur bewährten Ausführung des U 500. Er ist mit Kommunalgeräten ausgerüstet und konzipiert für Lohnunternehmen und Dienstleister, die außerhalb der landwirtschaftlichen Kernzeiten für Straßenbauverwaltungen und Kommunen Aufgaben im Sommer- und Winterdienst übernehmen.

Der Mercedes-Benz Arocs in Agrarausführung ist ein nach Kundenanforderungen speziell umgebautes Fahrzeug für die Agrologistik. Die Sattelzugmaschine Arocs 2042AS – sie hat 210 kW (286 PS) – hat Allradantrieb und ist mit einem Motorenenabtrieb für Hydraulikanalysen versehen. □



In Hannover wurde auf der Agritechnica ein neuer Unimog U 423 in Agrarausstattung gezeigt. Diese ist geprägt durch die spezielle Pritsche, die Agrarbereitung, die neu konzipierte mechanische Heckzapfwelle sowie Front- und Heckkraftheber. Die Kombination ist zugeschnitten sowohl auf den Transport wie auf Feldarbeiten. □

Elektrische Ganzjahres-Kehrmaschine haaga 870 accu:

Leises Allround-Gerät beseitigt Schmutz und Schnee

Kirchheim/Teck - Mit der haaga 870 accu präsentiert die Haaga Kehrsysteme GmbH eine neue handgeführte Hochleistungs-Kehrmaschine mit Elektroantrieb, die zugleich den Winterdienst übernimmt.

Brandneu ist die Ausrüstung mit leisem Akku-Antrieb. Damit sind Einsätze auch in den frühen Morgen- und späten Abendstunden problemlos möglich, sogar in dicht besiedelten Innenstädten, Wohngebieten und anderen lärmempfindlichen Bereichen. Das neue Kehrgerät ist damit die perfekte Alternative zur parallel angebotenen Kehr- und Räummaschine haaga 870 mit 3,5 PS starkem Benzinmotor.

Für bequeme Bedienung und schnelles Vorwärtkommen auch bei großen Flächen von Hofbereichen, Parkplätzen und Einfahrten ist das neue Kehr- und Räumgerät mit einem leistungsstarken 24-Volt-Elektromotor ausgerüstet. Durch die gleichmäßige Fahrgeschwindigkeit von bis zu 3,2 km/h wird sichergestellt, dass das neue Kehr-Räum-Kombigerät auch bei schwerer Last nicht ins Stocken gerät und Schnee bzw. Kehrgut sicher entfernt. Die lange Akkulaufzeit von bis zu 90 Minuten stellt hohe Flächenleistungen von rund 2240 m² pro Stunde sicher.

Leichter Umbau: Wendig und gründlich im Sommer wie im Winter

Die haaga 870 accu ist extrem wendig und lässt den rückstandsfreien Kehr- und Räumeneinsatz auch in verwinkelten Hofbereichen, an Bordsteinkanten und an Wandabschlüssen zu. Das akkugetriebene All-in-One-Kehrgerät verfügt über eine Kehr- bzw. Räumbreite von 70 cm sowie einen schmalen Radstand, der eine 360-Grad-Wendefähigkeit erlaubt. Kehr- und Räumrichtung sind schwenkbar und lassen sich in verschiedenen Positionen arretieren. Über eine zentrale Verstellmöglichkeit wird die Höhe der Bürsten definiert. Der Lenker ist ergonomisch ausgelegt.

Die beiden Lenkarme lassen sich durch eine dreistufige Höhenverstellung optimal an die Körpergröße des Benutzers anpassen. Sie sind klappbar und erleichtern sowohl den Transport als auch die platzsparende Lagerung. Auf Wunsch steht ein großvolumiger Kehrgutbehälter mit rund 40 l Fassungsvermögen zur Verfügung.

Speziell für den Räumeneinsatz im Winter zeichnet sich die elektrische Ganzjahres-Kehrmaschine durch die schnelle Montage des mitgelieferten Schneeräumchilds aus, das mit wenigen Handgriffen vor der Kehrwalze eingehängt wird. Ebenso leicht lässt sich die Winter-Zusatzausrüstung wieder abnehmen, wenn nach den kalten Monaten die Entfernung von grobem Schmutz und Splitt gefragt ist. Dann verwandelt sich das Schneeräumgerät mit wenigen Handgriffen zurück in eine Kehrmaschine, die gründlich auf trockenem und feuchtem Untergrund reinigt.

Geringer Kraftaufwand

Die leichte, kraftsparende Bedienung macht die neue akkugetriebene Variante der haaga 870 besonders geeignet für Einsätze bei Hausmeisterservices und Winterdienst-Agenturen. Für Senioren ist sie durch ihre einfache Handhabung, den geringen Kraftaufwand und ihre guten Führungseigenschaften ebenfalls bestens geeignet. Für Bürsten und Schneeräumchild gewährleistet die Haaga Kehrsysteme GmbH die volle Leistungsfähigkeit über den Garantiezeitraum von zwei Jahren.

Rutschsicherheit und Traktion: Winterbereifung serienmäßig

Im Lieferumfang der haaga 870 accu enthalten ist eine spezielle Blockbereifung. Das grobstollige Profil der Reifen verhindert das Abrutschen der Kehrmaschine und erlaubt einen sicheren Betrieb mit hoher Traktion auch an kritischen Einsatzorten mit Steigungen oder Gefällen. Bei extrem widrigen Witterungsverhältnissen und besonders schwieriger Geländetopographie kann die Traktion durch die optionale Ausrüstung mit Schneeketten sichergestellt und so die Betriebssicherheit im Einsatz zusätzlich optimiert werden.

Technische Daten: Akku-Laufzeit: max. 1,5 Stunden, Akku-Ladezeit: max. 6 Stunden, Gewicht Kehrmaschine: 66 kg, Gewicht Schneeschild: 10 kg. □

Müllfahrzeug für Mwanza geht auf die Reise

Die Stadt Würzburg unterstützt die Partnerstadt Mwanza und schickt ein weiteres Müllfahrzeug auf seine lange Reise über Antwerpen und Dar es Salaam nach Tansania. Die Verantwortlichen aus Würzburgs Partnerstadt Mwanza hatten nach den guten Erfahrungen mit dem 2008 überführten Müllfahrzeug um ein weiteres gebeten, damit die schwierige Müllentsorgungssituation in Mwanza einen kleinen Schritt weiter voran kommt.

Bei dem Müllsammelfahrzeug handelt es sich um ein MAN Fahrzeug (Typ M38) mit einem Faun-Rotopress-Aufbau (Drehdrommelsystem Typ 205) mit einem Aufnahme-/Sammelvolumen von 16 Kubikmetern. Das Fahrzeug mit Baujahr 1998 wurde bei den Stadtreinigern außer Betrieb gesetzt. Das Fahrzeug wurde noch einmal abschließend gewartet und vom TÜV überprüft, so dass es hoffentlich noch für längere Zeit seine Dienste in Würzburgs Partnerstadt leisten wird, zusammen mit dem Vorgänger-Fahrzeug.

Kostenübernahme

Bereits vor einem Jahr war das Fahrzeug begeistert von Jeremiah Tito Mahinya aus der Stadtverwaltung Mwanza hier begutachtet worden. Die Transportkosten wurden vom zuständigen Bundesministerium (BMZ, GIZ) beschafft. Von tansanischer Seite werden alle dortigen Kosten übernommen sowie der Transport über die 1.000 km weite Strecke von Daressalam nach Mwanza.

Schulung

Damit das Fahrzeug in Mwanza auch künftig technisch betreut werden kann, waren bereits im

März 2008 zwei Mitarbeiter der Partnerstadt im städtischen Fuhrpark bei den Stadtreinigern zur Schulung. Sie warten auch schon das 2008 überführte Müllfahrzeug.

Ausrüstungsgegenstände als Beiladung

Als Beiladung gehen Ausrüstungsgegenstände für die dortige Berufsfeuerwehr, Kleider und Schuhe für Kindereinrichtungen, Blinden-Hilfsmittel und Kindergarten-Möbel aus dem Montessori-Kindergarten mit auf die Reise. Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake, Umweltreferent Wolfgang Kleiner, Eva-Maria Barklind-Schwander vom Büro Würzburg International und Michael Stolz von M.W.A.N.Z.A. e.V. verabschiedeten zusammen mit Betriebsleiter Christian Strohm das Fahrzeug auf dem Gelände der Stadtreiniger in der Äußeren Aumühlstraße 5.

Aus dem Bereich der Stadtverwaltung sind neben dem Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ und „Würzburg International“ auch der Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz, der für das Zustandekommen der Klimapartnerschaft verantwortlich ist, vertreten durch den Klimaschutzbeauftragten Christian Göpfert, beteiligt. □

Achtung Winterdienst!

Für Anlieger gilt wieder die Räum- und Streupflicht

Die Stadtreiniger weisen rechtzeitig vor dem Wintereinbruch auf die Räum- und Streupflichten der Anlieger hin. Bei Eis und Schnee muss vor jedem Anwesen eine Gehbahn geräumt und gestreut werden. Hierfür ist jeder Grundstückseigentümer an seinem Anwesen selbst verantwortlich.

Räum- und Streupflicht vor dem Anwesen

Vor jedem Anwesen muss bei Eis und Schnee eine Gehbahn von 1,50 m Breite geräumt und gestreut werden. Dabei soll mit abstumpfenden Mitteln gestreut werden.

Gibt es keinen Gehweg, muss die Gehbahn auf der Straße, dem Weg oder Platz angelegt werden. Der geräumte Schnee oder die Eisreste (Räumgut) sind neben der Gehbahn so zu lagern, dass der Verkehr nicht gefährdet oder wesentlich erschwert wird. Abflurrinnen, Hydranten, Kanaleinlaufschächte und Fußgängerüberwege sind bei der Räumung freizuhalten.

Soweit vor den Anwesen Haltestellen bzw. Gleiskörpern der Straßenbahn und Buslinien liegen, wird gebeten, den Schnee so zu lagern, dass die tieferliegenden Niederflurfahrzeuge nicht behindert werden (z. B. falsch gelagerte Schneehaufen können Probleme beim Öffnen der Türen verursachen).

Geräumt und gestreut sein muss die Gehbahn von 07.00 bis 20.00 Uhr an Werktagen und von 08.00 bis 20.00 Uhr an Sonn- und Feiertagen. Verantwortlich ist der Eigentümer des Anwesens.

Rechtsgrundlage für die Räum- und Streupflicht der Anlieger ist das Bayerische Straßen- und Wegegesetz, umgesetzt in der städtischen Straßenreinigungs- und -sicherungsverordnung.

Auch die Zugänge zu den Mülltonnen sind frei von Schnee-, Eis- und Winterglätte zu halten

Die Räum- und Streupflicht gilt nicht nur für die Gehbahn entlang der Grundstücksgrenze, sondern auch auf dem eigenen Grundstück für den Zugang zum Mülltonnenstandplatz gilt. Die Transportwege müssen vom Anschlusspflichtigen stets in verkehrssicherem Zustand gehalten werden; Schnee, Eis- und Winterglätte sind zu beseitigen.

Neben der ordnungs- und haftungsrechtlichen Problematik ist zu beachten, dass, sofern der Zugang zu den Mülltonnen ungeleert bleiben und eine zweite, kostenpflichtige Anfahrt erforderlich werden kann.

Einsatz von Streugutkisten

Die kommunalen Streugut-/Winterdienstkisten im Stadtgebiet sind ausschließlich für die städtischen Einsatzkräfte in den jeweiligen Streubezirken im Stadtgebiet aufgestellt. Diese Streugutkisten dienen nicht zur Streugutversorgung der Anwohner für ihren Anliegerwinterdienst. Fahrzeuglenker, die beispielsweise an einer Gefällstrecke stecken bleiben, können sich allerdings selbstverständlich anhand der nicht verschlossenen Streugutkisten selbst helfen. □



Auch der Innenraum des Fahrzeugs wird für sperrige Transporte in die Partnerstadt genutzt. Bild: Stadtreiniger

Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge:

Leistungsschau mit neuer Unimog-Generation

Im Rahmen einer kommunalen Leistungsschau Ende Oktober nahmen an zwei Veranstaltungstagen mehr als 350 Besucher am Stammsitz der Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge in Neu-Ulm die neue Generation des Unimog in Augenschein. Die aktuellste Baureihe, bestehend aus immerhin zehn verschiedenen Fahrzeugtypen, entspricht bereits jetzt den Anforderungen der ab 2014 gültigen Abgasnorm Euro VI. Erst im September waren die frisch optimierten Alteskänner aus dem Hause Mercedes-Benz in Würth erstmals vom Band gerollt.

Seit 1945 übt das legendäre „Universal-Motor-Gerät“ eine anhaltende Faszination aus. Neben dem hohen Wiedererkennungswert trägt hierzu die unvergleichliche Einsatzvielfalt des Unimog zu seiner großen Beliebtheit bei. „Der Unimog setzt mit seiner enormen Geräteträgerkompetenz im ganzjährigen Einsatz Maßstäbe hinsichtlich Flexibilität und Effizienz“, erklärt Tim

und die stärkere Leistungshydraulik „Vario-Power“.

Neuer synergetischer Fahrtrieb

Der neue synergetische Fahrtrieb erlaubt Arbeitsgeschwindigkeiten – zum Beispiel im Mäheinsatz – stufenlos von null bis 50 km/h, die über die Tempomatfunktion gehalten werden können.



Die beiden Geschäftsführer der Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge: Prof. Gerhard Mayer (r.) und Tim Obwald.

Obwald, einer der beiden Geschäftsführer der Firma Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge.

Investition mit Zukunft

Der neue Unimog, „eine Investition mit Zukunft“, ist laut Obwald eine komplette Neuentwicklung und nicht nur ein bedingt durch verschärfte Abgasnormen modifiziertes Fahrzeug. Zahlreiche Innovationen sowie signifikante Leistungsparameter zeichnen das Nutzfahrzeug aus.

Für die Euro VI Produktpalette investierte Mercedes-Benz rund 135 Millionen Euro in neue, einzigartige Fahrzeugkonzepte. Die neuen BlueEfficiency Motoren erfüllen Euro VI, leisten mehr – bis zu 220 kW (300 PS) – und bieten ein höheres Drehmoment als bisher. Außerdem verfügt der Unimog über mehr Kraft und Kontrolle bei Geräteanwendungen durch eine optimierte Arbeitshydraulik

Zwischen Rangieren und dem „Umsetzen“ zu neuen Einsatzorten kann jetzt während der Fahrt zwischen stufenlosem hydrostatischem und mechanischem Antrieb gewechselt werden.

Höchstleistungen

Seinen Ruf als Ganzjahres-Allrounder hat sich der Unimog erarbeitet, indem er Höchstleistungen in verschiedenen Disziplinen und an bis zu 365 Tagen im Jahr vollbringen kann. Dazu tragen seine vier An- und Aufbauten sowie die hydraulische, mechanische und elektrische Energieversorgung der Geräte bei; sie liefert für unzählige Aufgaben den richtigen Antrieb. Die neuen, hochmodernen Euro-VI-Antriebsaggregate kombinieren dabei niedrigen Kraftstoffverbrauch mit höchster Abgasreinheit und erreichen, dass auch der Unimog trotz des konstruktiven Aufwands zur Ein-

haltung von Euro VI effizienter unterwegs ist, sprich bis zu 3 % weniger Kraftstoff verbraucht. Die Emissionswerte wurden sogar um bis zu 90 % gegenüber den BlueTec-5-Modellen drastisch reduziert.

Darüber hinaus treten die Geräteträger mit einer komplett neu gestalteten und ergonomisch an-

NUSSER Stahlfußbänke:

Wegmarken zeitloser Eleganz und Nachhaltigkeit

Wohl kein Werkstoff prägte die Ästhetik der Moderne mehr als die Verwendung von Stahl: Völlig frei in der Formgebung erlaubt Stahl geradezu ein schwebend leichtes Design. Doch Stahl überzeugt zugleich in Verarbeitung und Haltbarkeit. Unschlagbare Vorteile für die Gestalter von NUSSER STADTMÖBEL: Ihre Stahlfußbänke setzen zeitlos elegante Wegmarken in Park- und Stadtraum.

Stahl ist schon ein Phänomen für sich: Vieles an neuen Formen und Gestalten wären heutzutage in der Architektur nicht denkbar, wäre Stahl nicht der verlässliche Träger dieser oft atemberaubenden Ideen. Sich diese tragende wie Form gebende Rolle des Werkstoffs zu Eigen zu machen, prägt mehr denn je die Gestaltung des öffentlichen Raums. Und die innovativen Designer von NUSSER STADTMÖBEL verstehen sich darin als treibende Kraft. Denn Stahl erlaubt es ihnen mit überschaubaren Mitteln das Optimum an Form und Funktion zu erreichen. So wartet NUSSER denn auch mit einer Vielzahl an Modellen von Stahlfußbänken auf, die durch ihren flexiblen Einsatz überzeugen und sich über dies beliebig miteinander kombinieren lassen.

Korrosionsschutz

Es ist aber nicht allein die freie Formgebung, mit der Stahl zu einem bevorzugten Fuß für Bänke, Grundelemente, Drehstühle oder Lehnhilfen von NUSSER gehört. Verzinkte Stahlteile bieten zudem einen optimalen Korrosionsschutz und damit ein dauerhaftes, grünlich mattes Erscheinungsbild. Zudem zeichnen sie sich durch eine typischerweise leicht strukturierte Oberfläche aus. Sie liefert die Grundlage dafür, dass mithilfe einer Kunststoff-Pulverbeschichtung nahezu alle RAL-Farben eingesetzt werden können und so jede gewünschte Farbgebung möglich wird.

Auf der anderen Seite eröffnet

geordneten Freisichtkabine an. Die neuen Fahrzeuge punkten zudem mit einer hohen Lebenserwartung sowie langen Wartungsintervallen, was sich für den Kunden deutlich auszahlt.

Auf der Höhe der Zeit

Von dieser Neuentwicklung erwartet auch Geschäftsführer Prof. Gerhard Mayer weitere positive Impulse für die Zukunft des Betriebs: „Der Geschäftsverlauf ist im Moment ordentlich, der Ausblick stimmt zuversichtlich.“ Am Standort Neu-Ulm wurden allein während der vergangenen beiden Jahre über zwei Millionen Euro

in die Neugestaltung der Betriebsanlagen investiert. „Tatsache ist: Mit dem neuen Unimog Euro VI sind wir auf der Höhe der Zeit. Das Fahrzeug ist besser denn je“, berichtet Mayer.

Umfassender Service

Bereits seit Jahrzehnten steht Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge für umfassenden Vertrieb und Service in den Bereichen Kommunaltechnik, Anlagenpflegetechnik sowie Lager- und Staplertechnik. So stützen sich die Experten des Hauses auf einen reichen Erfahrungsschatz, wenn es darum geht, Fahrzeuge und Geräte optimal auf die Aufgaben der jeweiligen Kunden auszurichten.

Dank großem Know-how und breit gefächertem Leistungskatalog ist Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge heute eines der erfolgreichsten Handelsunternehmen Süddeutschlands in der Branche. Derzeit sind am Hauptstandort in Neu-Ulm sowie dem eigenen Service-Zentrum in

Gersthofen nahe Augsburg insgesamt 70 Mitarbeiter beschäftigt.

Die bereits vor 112 Jahren gegründete Firma, die den Namen ihres Gründers Wilhelm Mayer trägt, gehört übrigens zu den ältesten Familienbetrieben Neu-Ulms. Seit 1954 fungiert Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge als Generalvertretung für Unimogs.

Innovation, Ökonomie und Ökologie

„Wir setzen auf Innovation, Ökonomie und Ökologie“, betont Tim Obwald. Eine Maschine sei eine Investition und müsse deshalb für den Betreiber ein optimales Kosten- und Nutzen-Verhältnis bringen – diesen Anspruch erfülle die neue Unimog-Generation mit Sicherheit. Obwald abschließend: „Ebenso wie der Unimog steht das Familienunternehmen Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge zugleich für Tradition und insbesondere auch für Zukunft.“

Nähere Informationen unter www.wilhelm-mayer.com DK



Elegante CITTA-Bank mit Gestell aus gebogenem Flachstahl. □

gen heraus. Doch als besonders gelungen darf man durchaus das nahezu schwebende Modell SEDIS von NUSSER Designer Albrecht Ecke ansehen. „Wenn man an einer Form nichts mehr reduzieren kann ohne dass die Funktion leidet, ist das Ziel der Gestaltung erreicht“, sagt er selbst zu seinem Entwurf.

Selbes Prinzip gilt für das Modell ELAN. Dessen Gestalter Frank Person legt hierbei großen Wert auf eine dynamische Lösung, die klassische Formen aufbricht, um mit ihr einen höchst variablen Einsatz zu ermöglichen. Und für genau diese Variabilität und unbegrenzte Kombinationsmöglichkeiten steht auch das Modell PLAZA: Dank unterschiedlicher Höhen und Sitztiefen sowie mehreren Modellformen wie Lehnelementen lassen sich damit im Außenbereich ganze Sitzlandschaften erzeugen. Form und Nutzen sind keine Grenzen gesetzt – ob als Stahlfüße mit Rundrohren wie etwa beim Modell KONSTANZ oder als Flachstahl wie bei den

CITTA Modellen oder mit Quadratrohren wie beim Modell ROTHENBURG.

Dass ein Unternehmen wie NUSSER, das sich so mit seinen Produkten innovativ im öffentlichen Raum engagiert, natürlich auch die Umwelt im Blick hat, mag zwar nahe liegen, ist aber keineswegs selbstverständlich. Der Schutz der Natur ist für NUSSER jedoch eine Herzensangelegenheit: Sowohl in der Fertigung wie auch bei den sanitären Anlagen für die Mitarbeiter verwenden die Winnender Regenwasser. Der durch eine Photovoltaik Anlage auf den Dächern des Unternehmens gewonnene Strom wird direkt in das öffentliche Netz eingespeist und deckt somit nahezu den Firmenjahresbedarf an Energie ab. Und selbst bei der Verpackung der eigenen Produkte setzt man inzwischen ausschließlich auf wieder verwertbares Material, das mit Luftpolstern arbeitet, um auch Schutz vor etwaigen Schäden zu bieten. Funktion, Form und Natur – pur im Einklang. □



Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6.

Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Donaukraftwerk Bittenbrunn:

Erfolgreicher Schlusspunkt beim Revisionsmarathon

Rhein-Main-Donau AG investierte über 33 Millionen Euro in die regenerativen Bahnstrom-Dauerläufer Bittenbrunn, Bertoldsheim, Bergheim und Ingolstadt

Mit dem Wiederanfahren der 7-Megawatt (MW)-Maschine 3 im Donaukraftwerk Bittenbrunn bei Neuburg an der Donau endet in den kommenden Tagen der sechseinhalbjährige Revisionsmarathon zur Erhaltung und dem langfristigen Erhalt der vier großen Donaukraftwerke Bertoldsheim, Bittenbrunn, Bergheim und Ingolstadt. Nach den abschließenden Inspektions- und Inbetriebsetzungsmaßnahmen steht die Anlage Bittenbrunn rechtzeitig vor der energieintensiven Jahreszeit wieder komplett zur sauberen Bahnstromversorgung zur Verfügung, genauso wie ihre drei Schwesternanlagen an der Donau.

„Wir sehen uns als zuverlässigen regenerativen Energiepartner der Deutschen Bahn. Deshalb hat die Rhein-Main-Donau AG (RMD) seit 2007 über 33 Millionen Euro in die oberbayerischen Bahnstromanlagen der Donau-Wasserkraft AG (DWK) investiert. Im Einzelnen entfielen dabei auf das Kraftwerk Ingolstadt (2007-2009) über 8 Mio. Euro, gefolgt von Bergheim (2009-2010) mit 6,6 Mio. Euro, Bertoldsheim (2011-2012) mit 6,9 Mio. Euro und schließlich Bittenbrunn (2012-2013) mit 7,4 Mio. Euro. Hinzu kommen noch neue Transformatoren für insgesamt über 4 Mio. Euro.“

„In den kommenden Jahren sollen außerdem für rund 1,8 Mio. Euro die Wehranlagen an den vier genannten Kraftwerken und am Kraftwerk Vohburg revidiert werden“, bilanzierte Wolfgang Fischbacher, kaufmännischer Vorstand der Donau-Wasserkraft AG

„Wir danken E.ON in den Kraftwerken zu verbleibenden. Zudem hatten wir eine gute Wasserführung sowie weitgehend störungsfreien Betrieb. Dies gilt trotz des diesjährigen Juni-Hochwassers erfreulicherweise auch für das laufende Jahr 2013.“ erklärte Wolfgang Fischbacher, kaufmännischer Vorstand der Donau-Wasserkraft AG

So stieg die Stromabgabe an das Bahnnetz 2012 um rund 17 Prozent auf rund 691 Millionen Kilowattstunden (zum Vergleich 2011: rund 591 Millionen Kilowattstunden). Der in den fünf Laufwasserkraftwerken der DWK erzeugte Strom 2012 reichte rechnerisch aus, mit einem modernen ICE 3-Zug bis zu 795 Mal die Erde auf Höhe des Äquators zu umrunden.

Spitzenreiter

Fischbacher verwies auch auf die ausgezeichnete Verfügbarkeit der Anlagen: „Unser Kraftwerk Ingolstadt war 2012 Spitzenreiter mit knapp 7.400 Volllaststunden, aber auch die anderen Kraftwerke müssen sich nicht verstecken, und das trotz eingeschränkter Produktion wegen der Großrevisionen in Bergheim und Bittenbrunn.“ Die Lieferung von Spitzenstrom an die Bahn aus dem Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten im Landkreis Main-Spessart sei mit rund 140 Millionen Kilowattstunden 2012 wegen Instandhaltungsarbeiten an den Maschinensätzen um rund 26 Prozent geringer gewesen als 2011 mit rund 190 Millionen Kilowattstunden.

Fischbacher betonte auch besonders die positiven Umweltaspekte, die die verantwortungsvolle Nutzung der Wasserkraft nach sich zieht: „Die klimaschonende Stromerzeugung in den DWK Kraftwerken vermeidet pro

erzeugter Kilowattstunde (kWh) gemessen am deutschen Energiemix durchschnittlich 695 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro kWh. Allein im Jahr 2012 vermieden die fünf Laufwasserkraftwerke der DWK rund 480.000 Tonnen CO₂. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von fast 221.000 modernen PKW der Golfklasse bei 15.000 km Jahreslaufleistung und einem CO₂-Ausstoß von 145 Gramm pro Kilometer.“

Gewässerreinigung

Auch im Bereich der Gewässerreinigung leisten unsere Laufwasserkraftwerke an der Donau einen wichtigen Umweltbeitrag: Jedes Jahr „filtern“ die DWK-Anlagen im Durchschnitt rund 5.200 Kubikmeter Schwemmgut, in erster Linie Treibholz, aber auch Wohlstandsmüll und Schrott, aus der bayerischen Lebensader. Das Material wird mit einem Kostenaufwand von durchschnittlich 47.000 Euro pro Jahr (bis zu 70.000 Euro pro Jahr, so wie dieses Jahr 2013 oder auch 2010 wegen der Hochwasserereignisse) von einem zertifizierten Entsorgungsbetrieb fachgerecht sortiert und entsorgt.

Allein im ersten Halbjahr 2013 musste wegen des starken Hochwassers an den DWK-Kraftwerken mit rund 3.700 Kubikmeter fast soviel Rechengut entsorgt werden wie im ganzen Jahr 2011.“

Ein wichtiger Umwelt- und Investitionsschwerpunkt wird die Fortsetzung der ökologischen Verbesserungen an den Staustufen in den nächsten Jahren sein. Fischbacher betonte, dass man im Bereich der DWK-Anlagen schon einiges geleistet habe: Zum Beispiel wurde während der Errichtung des Kraftwerks Vohburg für einen zweistelligen Millionenbetrag ein naturnahes Umgehungsgewässersystem gebaut, das ein guter Beweis dafür ist, dass Technik und Natur keine Gegensätze sein müssen.

Fischbacher verwies darauf, dass mit dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt ein Zeitplan bis 2016 für die Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit

für Wasserlebewesen an den aktuell noch nicht passierbaren Staustufen abgestimmt wurde. Der finanzielle Aufwand dafür beträgt mehrere Millionen Euro. Die Genehmigungsverfahren sind angestoßen.

Stefan Meyer, Technikvorstand der DWK, erläuterte den Umfang und die Herausforderungen, in Summe 12 Maschinensätze (je drei pro Kraftwerk) bei weiterhin laufendem Kraftwerksbetrieb einer Generalrevision zu unterziehen: „Wer auf eine Marathondistanz gehen will, muss sich gut vorbereiten und die Herausforderung systematisch angehen. Das haben wir gemacht. Ingolstadt war für uns deshalb der Trainingslauf, bei dem wir während der Revision des ersten Maschinensatzes lernen konnten, was uns in der Kraftwerkskette nach rund vier Jahrzehnten Dauerbetrieb über die bekannten, geplanten Arbeiten hinaus an ungeplanten Aufgaben erwartet. Das Feintuning der anstehenden Arbeitspakete ließ sich erst nach dem Entleeren und Öffnen der Turbinenkaverne und der entsprechenden Analyse des Revisionsaufwands vornehmen. Diese schrittweise Vorgehensweise mit dem Kraftwerk Ingolstadt als Pilotprojekt hat sich gelohnt, denn bei allen weiteren Kraftwerks- und Maschinenrevisionen konnten wir den Zeit- und Kostenaufwand deutlich optimieren.“

Fit für die Zukunft

„Mit unserem Revisionsmarathon haben wir die Kraftwerke für die kommenden Jahrzehnte fit gemacht – und leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz“, betonte Meyer und ergänzte: „Mit dem Wiederanfahren der Maschine 3 des Kraftwerks Bittenbrunn stehen wieder die vollen 106 Megawatt der DWK-Laufwasserkraftwerke zur umweltfreundlichen und sicheren 16 2/3-Hertz-Bahnstromversorgung zur Verfügung.“ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der E.ON-Flussgruppe Donau können sich über ein ganz besonderes Jubiläum freuen: Seit über 2.000 Tagen läuft der Betrieb und die Instandhaltung der Wasserkraftwerke an der Donau ohne einen einzigen Arbeitsunfall. Dies ist umso bemerkenswerter, als bei

Modernste Standards

Auf der Agenda für die vier Anlagen stand neben der Revision der Maschinenteknik auch die Erhaltung der Elektrotechnik. „In den DWK-Kraftwerken wurde die komplette Elektrotechnik sowie die Leit- und Laufgradsteuerung modernsten Standards angepasst, die Netztransformatoren inklusive der Schalter ausgetauscht sowie der Generator gereinigt und überholt. Die Leitapparat-Lagerung sowie die Spurlageranhebung wurden ebenso erneuert wie Pumpen, Ventile oder Wellendichtungen. Zusätzliche sogenannte Redundanzsysteme zur Eigensicherheit des Kraftwerks, die beim Ausfall des arbeitenden Systems einspringen, wurden eingebaut, die Turbinenregler sowie die Maschinenautomatik und Sensorik erneuert und optimiert.“

Bei der ebenfalls notwendigen Überarbeitung der Laufgradflügelgedichtungen kam ein von E.ON patentiertes Verfahren zum Einsatz, das den kompletten – und damit sehr aufwändigen – Ausbau der Turbinen überflüssig machte. Die im Laufe der Jahrzehnte ent-

standenen Oberflächenschäden (sogenannte Kavitationsschäden) an Turbinenlaufrad und Laufgradmantel wurden mit speziellen Schweißverfahren repariert und die triebwasserführenden Teile, wie zum Beispiel die Leitschaukeln der Turbinen, nach Reinigung durch Sandstrahlen neu konserviert“, erläuterte Technikvorstand Stefan Meyer und freute sich, „dass wir die Revisionsarbeiten planmäßig und mit sichtbar gutem Ergebnis abschließen konnten.“

Fit für die Zukunft

„Mit unserem Revisionsmarathon haben wir die Kraftwerke für die kommenden Jahrzehnte fit gemacht – und leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz“, betonte Meyer und ergänzte: „Mit dem Wiederanfahren der Maschine 3 des Kraftwerks Bittenbrunn stehen wieder die vollen 106 Megawatt der DWK-Laufwasserkraftwerke zur umweltfreundlichen und sicheren 16 2/3-Hertz-Bahnstromversorgung zur Verfügung.“

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der E.ON-Flussgruppe Donau können sich über ein ganz besonderes Jubiläum freuen: Seit über 2.000 Tagen läuft der Betrieb und die Instandhaltung der Wasserkraftwerke an der Donau ohne einen einzigen Arbeitsunfall. Dies ist umso bemerkenswerter, als bei

DB RegioNetz Verkehrs GmbH:

Möglicher Zuschlag für Regionalverkehr im Kahlgrund

Der Regionalverkehr im Kahlgrund soll ab Dezember 2015 von der DB RegioNetz Verkehrs GmbH betrieben werden. Dies gab die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regionalverkehr in Bayern plant, finanziert und kontrolliert, jetzt bekannt.

Die BEG hatte die Leistung gemeinsam mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH ausgeschrieben. Es handelt sich um die Verkehre im äußersten Nordwesten des Freistaats auf der 30 Kilometer langen Strecke von Schöllkrippen nach Kahl (Main) und weiter ins hessische Hanau. Der neue Vertrag beginnt im Dezember 2015 und läuft über zwölf Jahre. Die BEG hat in der Ausschreibung unter anderem den Einsatz moderner, leistungsfähiger Dieseltriebzüge gefordert, die den heutigen Anforderungen an die Barrierefreiheit gerecht werden. Jeder Zug wird mit einem Zugbegleiter besetzt sein. Der Fahrscheinverkauf im Zug bleibt weiterhin möglich. Im Schülerverkehr morgens und mittags hat die BEG zudem bis zu 350 Sitzplätze je Zug verlangt.

Weitgehender Stundentakt bleibt erhalten

Die erste Ausschreibung 2004 gewann die Hessische Landesbahn (HLB), deren moderne Niederflur-Dieseltriebzüge seit Dezember 2005 zwischen Schöllkrippen und Hanau fahren. Der Verkehrsvertrag mit der HLB endet wie vorgesehen nach zehn Jahren Laufzeit Ende 2015. „Im Rahmen der ersten Ausschreibung konnten wir eine deutliche Verbesserung erreichen, insbesondere im Abendverkehr und am Wochenende. Dieses gute Angebot werden wir trotz der immer knapper werdenden Finanzmittel erhalten“, erklärt Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG. So wird auch die DB RegioNetz Verkehrs GmbH wie bisher montags bis freitags im Stundentakt zwischen Schöllkrippen und Hanau verkehren sowie samstagsvormittags zwischen Schöllkrippen und Kahl (Main). Abends sowie ab Samstagmittag und an Sonntagen bleibt es zwischen Schöllkrippen und Hanau beim zweistündlichen Angebot.

Wie bisher werden die Tarife der Verkehrsgemeinschaft am Bayerischen Untermain (VAB) und des Rhein-Main-Verkehrs-

verbunds Richtung Hanau / Frankfurt (Main) anerkannt. Der künftige Betreiber verpflichtet sich zudem, alle bisher gültigen weiteren Nahverkehrstarife und Sonderangebote wie das Bayern-Ticket zu akzeptieren. Darüber hinaus soll eine Abo-Plus-Karte eingeführt werden – eine einzige Zeitkarte, die Fahrgäste in zwei bis maximal drei verschiedenen Tarifgebieten einsetzen können. In Kahl (Main) wird den Fahrgästen eine personenbediente Verkaufsstelle sowie ein Kundencenter mit einer Mindestöffnungszeiten von 45 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen. Dort wird die DB RegioNetz Verkehrs GmbH auch den Fahrscheinverkauf zu Zielen außerhalb der Kahlgrundbahn sicherstellen.

Das Ergebnis findet auch E.ON-Betriebsleiter Roman Töpfer besonders bemerkenswert: „Angesichts der großen Herausforderungen, die gerade auch der Revisionsmarathon seit über sechs Jahren an alle beteiligten Mitarbeiter sowohl von uns als auch von den Fremdfirmen gestellt hat, sind wir sehr zufrieden und auch stolz, dass unsere intensiven Anstrengungen um höchste Sicherheitsstandards bei Arbeiten und Betrieb in den Kraftwerken so positive Wirkung zeigen. Wir nehmen dies als Ansporn, auch die nächsten 2.000 Tage unfallfrei zu arbeiten. Wunsch ist es natürlich, nie mehr einen Arbeitsunfall bei uns zu haben. Das gilt für unsere Mitarbeiter ebenso wie für die rund 250 interessierten Besucher, zum Beispiel Bau- und Technikstudenten, Vereine oder politische Mandatsträger, die sich ausnahmslos an die Sicherheitsvorgaben halten müssen, wenn sie unsere Anlagen besichtigen wollen.“

Beteiligung am BEG-Qualitätsmesssystem

Die DB RegioNetz Verkehrs GmbH hat sich zudem verpflichtet, am Qualitätsmesssystem der BEG teilzunehmen. Damit prüft die Bayerische Eisenbahngesellschaft die Sauberkeit, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Fahrgastinformation im Zug, die Servicequalität sowie die Kundenfreundlichkeit. Auch gelten hohe Anforderungen hinsichtlich Pünktlichkeit und Anschlussicherung.

Verbesserungen nur mit Infrastrukturmaßnahmen möglich

Weitere Verbesserungen für die Fahrgäste sind abhängig von der Finanzierbarkeit und vom Infrastrukturausbau auf der Strecke. „Die Region setzt sich engagiert dafür ein, dass das Angebot erweitert wird und plant entsprechende Infrastrukturmaßnahmen“, betont Czeschka. Deshalb hat die BEG in der Ausschreibung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zusätzliche Verkehre während der Laufzeit des Vertrages bestellt werden können, wenn die Infrastruktur ertüchtigt wird. „Das ist allerdings nur möglich, wenn keine Mehrkosten für den Freistaat entstehen“, so der BEG-Chef abschließend.



Royal Albert Hall, London?



Kloster Benediktbeuern!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Neuerungen in DIN EN 18326 und DWA-M 144-3

Gütegemeinschaft aktualisiert Leitfäden zur Eigenüberwachung Gruppe ABS

Bei der Planung und Ausführung von Bauleistungen im Bereich der Sanierung von Entwässerungssystemen waren bisher insbesondere Merkblätter und Empfehlungen von Bedeutung. Für Renovierungsverfahren existiert seit Ende 2012 mit der DIN EN 18326 zusätzlich eine Norm. Hinzu kommt das Merkblatt DWA-M 144-3, das parallel zur Norm für die grabenlose Kanalsanierung bzw. für Schlauchlining-Verfahren erstellt wurde. Auf diese Entwicklung hat die Gütegemeinschaft Kanalbau reagiert und die Leitfäden für die Eigenüberwachung „Ausschreibung und Bauüberwachung von Sanierungsmaßnahmen (Gruppe ABS)“ inhaltlich angepasst.

Die in der VOB 2012 neu aufgenommene ATV DIN 18326 „Renovierungsarbeiten an Entwässerungskanälen“ gilt für Leistungen zur Verbesserung der aktuellen Funktionsfähigkeit von Entwässerungsleitungen und -kanälen im Erdreich sowie den zugehörigen Bauwerken unter vollständiger oder teilweiser Einbeziehung ihrer ursprünglichen Substanz. Mit der Erarbeitung einer VOB/C-Norm für Kanalrenovierungsarbeiten wurden einheitliche Vorgaben für Vergabe, Ausschreibung und Mindestqualitätsstandards definiert.

dauerhafte Sanierung sicher zu stellen. Deshalb werden in Abschnitt 2 „Stoffe, Bauteile“ neben den DIN-Normen für die gebräuchlichsten Stoffe und Bauteile auch Festlegungen zu entsprechenden Prüfungen aufgeführt. Abschnitt 3 „Ausführung“ regelt, wie der Auftragnehmer seine Leistungen auszuführen hat, wenn im Bauvertrag nichts anderes vereinbart ist. Vorgaben zu notwendigen Vor- und Nacharbeiten und Regelausführungen von Renovierungsarbeiten sind definiert.

Verfahrensregelungen

Ebenso werden Regelungen für folgende Verfahren bzw. Technikfamilien angegeben: Rohrstrang-Lining, Einzelrohr-Lining, Close-Fit-Lining, Wickelrohr-Lining, Schlauchlining und montierte Einzelemente. In Abschnitt 4 „Nebenleistungen, Besondere Leistungen“ werden Nebenleistungen beschrieben, die ein Auftragnehmer als un-

selbständige Leistungen erbringen muss, um die Hauptleistung auszuführen. Dazu gehört unter anderem eine optische Inspektion als Vorbereitung unmittelbar vor der Renovierung sowie das Einmessen der Lage der Anschlüsse inkl. Dokumentation.

DWA-M 144-3

Mit dem Merkblatt DWA-M 144-3 „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (ZTV) für die Sanierung von Entwässerungssystemen außerhalb von Gebäuden – Teil 3: Renovierung mit Schlauchliningverfahren (vor Ort härtendes Schlauchlining) für Abwasserkanäle“ werden harmonisierte, standardisierte, zusätzliche technische Vertragsbedingungen (ZTV) definiert. Diese ermöglichen, die in den Regelwerken aufgezeigten technischen Möglichkeiten im Sinne der VOB mit der entsprechenden vertraglichen Sicherheit und Qualität auszusprechen. Damit wird der Grundstein für die sichere Abwicklung des Bauvertrages gelegt.

Die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen sind darauf abgestellt, dass die „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATVs)“ Bestandteil des Bauvertrages wird, und damit insbesondere ATV DIN 18299 „Allgemeine Regelungen für Bauarbeiten jeder Art“ und ATV DIN 18326 „Renovierungsarbeiten an Entwässerungskanälen“.

Wichtige Arbeitsgrundlagen

Merkblatt und DIN-Norm stellen wichtige Arbeitsgrundlagen z.B. für die im Bereich der Sanierung von Entwässerungssystemen tätigen Ingenieurbüros dar. Diese tragen häufig Verantwortung für Planung, Ausschreibung und Überwachung der Maßnahmen. Wie wähle ich als Verantwortlicher für das Kanalnetz bzw. als beauftragter Planer das am besten geeignete Verfahren für das jeweilige Schadensbild und was habe ich darüber hinaus bei Ausschreibung und Bauüberwachung zu beachten – diese Frage wird sich jeder verantwortungsbewusste Netzbetreiber stellen, der neben wirtschaftlichen Aspekten auch die Nutzungsdauer im Blick hat.

Die optimale Auswahl des Verfahrens und eine qualifizierte Ausführung tragen unbestreitbar zu nachhaltigen Sanierungsergebnissen bei. Doch wie geht man richtig vor und was ist zu beachten, damit von Planung über Ausschreibung bis hin zu Ausführung alles den gewünschten Anforderungen entspricht?

Handlungsbedarf bei Auftraggebern und Planern

Vor dem Hintergrund der vielen Neuerungen in DIN EN 18326 und DWA-M 144-3 besteht Handlungsbedarf auf Seiten von Auftraggebern und Planern, ebenso wie auf Seiten der ausführenden Unternehmen. Sanierungsmaßnahmen haben bestmögliche Aussicht auf Erfolg, wenn das aktuelle Fachwissen aus Norm und Praxis umgesetzt wird. Konsens unter den Fachleuten besteht in der Einschätzung, dass Qualität und Funktion von Abwasserleitungen und -kanälen entscheidend von einer fachgerechten Ausschreibung und Bauüberwachung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik ab-

hängen. In der Regel hat der Planer für diese fachgerechte Ausschreibung Sorge zu tragen und darüber hinaus ist er ebenfalls verantwortlich dafür, dass vor Ort geeignete Verfahren nach den Regeln der Technik eingesetzt werden. Vielfältige Arbeitshilfen aus dem umfangreichen Dienstleistungspaket der Gütesicherung Kanalbau stehen ihm dabei zur Verfügung, zum Beispiel die Leitfäden für die Eigenüberwachung sowie Verfahrenshandbücher. Deshalb setzen Auftraggeber und Planer die Gütesicherung auch bei Ausschreibung und Bauüberwachung von Tiefbauarbeiten ein.

Umfangreiches Dienstleistungspaket

So sind etwa die in der DIN EN 18326 nach Abschnitt 3.3.3. geforderten Dokumentationen zu Einbau und Aushärtung (Ortlich hergestellte und härtende Rohre (Schlauchlining)) bereits durch die Verfahrenshandbücher der Gütezeicheninhaber Gruppe S abgedeckt. Die zum Einsatz kommenden Materialien mit entsprechender Eigenungsprüfung sind hierin genannt.

Weiterhin sind im Handbuch Anforderungen an Verfahren, Ausführung und auch an die Eigenüberwachung definiert. Die Verfahrensprozesse zur Aushärtung der verschiedenen Materialien vor Ort erfordern zur Gewährleistung einer hohen Qualität eine Eigenüberwachung mit Dokumentation. Diese Dokumentation ermöglicht dem Bauüberwacher die notwendige Prüfung von Soll- und Istwerten für das jeweilige Sanierungsverfahren. Die Verfahrenshandbücher werden vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft geprüft und freigegeben. Damit ist sichergestellt, dass die Dokumentation der Eigenüberwachung exakt auf die Verfahrensvariante und die Anforderungen der aktuellen Regelwerke abgestimmt ist.

Infotafeln und Plakate

Neben kommunalen Entsorgungsbetrieben beteiligten sich auch Stadt- und Kreisverwaltungen, Verbraucherzentralen und Umweltinitiativen. In Bayern informierte der Zweckverband München-Südost seine Anlieferer auf dem Wertstoffhof: Infotafeln und Plakate behandelten die Themen Abfallvermeidung durch Recycling, am Beispiel diverser Wertstoffe wie Korken, Gartenabfälle oder Glas, sowie Abfallvermeidung durch Wiederverwendung mit Hinweis auf das Wertstoffcafé des Zweckverbandes München.

Leitfäden für die Eigenüberwachung

Eine Hilfe zur Dokumentation der Eigenüberwachung bietet die Gütegemeinschaft in Form der Leitfäden für die Eigenüberwachung an. Leitfäden existieren für die Ausführung von Maßnahmen in Offener Bauweise (AK), im Vortrieb (VP, VM/VMD, VO/VOD) sowie der Inspektion (I), Reinigung (R) und Dichtheitsprüfung (D). Hinzu kommen nun die Leitfäden für Ausschreibung und Bauüberwachung im Bereich Kanalbau in offener Bauweise (ABAK), Vortrieb (ABV) und Sanierung (ABS). Um den Informationsbedarf bei Planern und Ausschreibern zu erfüllen, wurden die Leitfäden für die Eigenüberwachung „Ausschreibung und Bauüberwachung von Sanierungsmaßnahmen“ durch die Gütegemeinschaft Kanalbau überarbeitet und angepasst.

Im Rahmen der Eigenüberwachung werden für alle Beurteilungsgruppen die maßgeblichen Parameter überprüft und deren Einhaltung dokumentiert. Dementsprechend sind die Leitfäden für die Eigenüberwachung aufgebaut. Neben Hinweisen und Erläuterungen enthalten sie Checklisten und Protokolle als Muster zur Dokumentation. Zusätzlich enthalten die Leitfäden Anforderungen aus DIN-EN Normen und DWA-Regelwerk mit den entsprechenden Vorgaben in Bezug auf die Eigenüberwachung.

Auftraggeber und Ingenieurbüros, die das Gütezeichen Kanalbau Gruppe ABS führen, sind über diese Änderungen informiert. Darüber hinaus wird derzeit für Gütezeicheninhaber ein abgestimmtes Schulungsangebot erarbeitet. □

Europäische Woche zur Abfallvermeidung:

Schwerpunkt „Re-Use“

Beispielhafte Aktionen in Bayern

Bereits im vierten Jahr beteiligt sich Deutschland an der Europäischen Woche zur Abfallvermeidung. Zur Themenwoche fanden bundesweit rund 170 Aktionen an 115 Orten und im Internet statt, darunter auch etwa ein Dutzend in Bayern.

Mehr als 550 Kilogramm Müll produziert jährlich jeder in Deutschland. Um auf das seit Jahren nicht abnehmende Abfallaufkommen hinzuweisen, hatten der NABU und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Teilnahme an der Europäischen Woche zur Abfallvermeidung aufgerufen. „Jeder kann mit seinem Konsumverhalten einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Müll anfällt. Ob Lebensmittel, Elektrogeräte oder Plastiktüten – jedes Kilo weniger Abfall schont Ressourcen. Gerade im kaufkräftigen Deutschland gibt es noch ausreichend Potenzial, Abfälle zu vermeiden“, betonte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Zum diesjährigen Schwerpunkt „Re-Use“, also Wiederverwendung, fanden zum Beispiel „Repair-Cafés“, Spielzeugtauschtag, Bücherbörsen und „Möbel-Up-cycling“-Workshops statt. „Kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe setzen sich für Abfallvermeidung ein. Die große Bandbreite ihrer Aktionen verdeutlichte auch, in wie vielen Bereichen im Alltag Abfall eingespart werden kann“, erklärte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck.

Infotafeln und Plakate

Neben kommunalen Entsorgungsbetrieben beteiligten sich auch Stadt- und Kreisverwaltungen, Verbraucherzentralen und Umweltinitiativen. In Bayern informierte der Zweckverband München-Südost seine Anlieferer auf dem Wertstoffhof: Infotafeln und Plakate behandelten die Themen Abfallvermeidung durch Recycling, am Beispiel diverser Wertstoffe wie Korken, Gartenabfälle oder Glas, sowie Abfallvermeidung durch Wiederverwendung mit Hinweis auf das Wertstoffcafé des Zweckverbandes München.

Der Kreisabfallwirtschaftsbetrieb Günzburg lud Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klasse zweier Grundschulen zum Theaterstück: „Bär ohne Arm und die 7 Müllzwerge“ ein. Durch das Theaterstück sollten die Kinder für die Themen Abfallvermeidung, Abfallsortierung und -verwertung sowie für einen bewussten Umgang mit Ressourcen sensibilisiert werden. Durchgeführt wurde das Theaterstück von zwei Schauspielern des Theaters Eukitea aus Diedorf.

Die Abfallberatung der Stadt Amberg wiederum bietet seit Juli 2013 einen Geschirrverleih für mehr Mehrwert auf öffentlichen Festen und Veranstaltungen als auch für den Privatgebrauch an. Dafür stehen bis zu 300 Speisegedecke und 200 Kaffeegedecke bereit. Das in handlichen Transportkisten verstaute Geschirr muss rechtzeitig bei der Abfallberatung reserviert und gegen Kautions-

geholt werden. Bei ausreichender Nachfrage wird der Geschirrverleih dauerhaft angeboten. So lange Termine frei sind, kann das Geschirr von jedem Amberger Bürger ausgeliehen werden.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land lud zu einer Kreativwerkstatt in das Entsorgungszentrum ein. Was andere für nutzlos halten, wird wertvolles Gestaltungsmaterial. Gerade in der Umnutzung und Verformung von ausrangierten Gegenständen und Stoffen liegt der besondere Reiz beim Umgang mit Abfällen. Im Zentrum des Angebotes stand die Anfertigung weihnachtlicher Tischdekorationen aus Papier und Bettfedern, Geschenkanhänger oder Geschenkpapiere. Verschiedene handwerkliche Techniken kamen dabei zum Einsatz, so zum Beispiel Drucke, Faltungen oder Knüpfungen.

Weihnachtsflohmarkt

Ebenfalls im Entsorgungszentrum veranstaltete der Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land einen Weihnachtsflohmarkt: Das ganze Jahr über werden weihnachtliche Abfälle aus den Anlieferungen am Entsorgungszentrum extra erfasst. Christbaumschmuck, Weihnachtssterne, Krippen und anderer ausrangierter Weihnachtschmuck wurde am Aktionstag in der Flohmarkthalle des Entsorgungszentrums an interessierte Besucher zum kleinen Preis angeboten.

Die Umweltstation der Stadt Würzburg lud ihrerseits zu zahlreichen Aktionen und Vorträgen zu den Themen Abfallvermeidung, Wiederverwerten, Sortieren, Recycling und Papierschnöppen. Die Ausstellung „Die unendliche Geschichte des Abfalls“ rundete das Programm ab.

Produktdesign auf dem Prüfstand

Mit der Aktionswoche wurden Wege und Möglichkeiten aufgezeigt, im Alltag Müll zu vermeiden und damit einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. NABU und VKU begrüßen gesetzliche Initiativen, wie die von der EU-Kommission beschlossene Senkung des Plastiktütenverbrauchs. Auch müsse das Design der Produkte auf den Prüfstand. „Im Produktdesign liegen große Abfallvermeidungspotenziale, die nicht ungenutzt bleiben dürfen. Produkte müssen langlebiger und verpackungsärmer gestaltet werden“, hob Reck hervor. „Ob etwas lange hält, einfach repariert und gut recycelt werden kann, entscheidet sich schon bei der Herstellung. Das hat der Verbraucher trotz guten Willens nicht in der Hand“, ergänzte Miller. **DK**

Lückenlose Prüfung

Abschnitt 0 „Hinweise für das Aufstellen der Leistungsbeschreibung“ gibt eine Übersicht, welche Punkte bei Bauverträgen vom Auftraggeber zu regeln sind. Eine lückenlose Prüfung von der Materialherstellung bis zum vor Ort hergestellten Produkt ist unerlässlich, um eine

Beschluss des EU-Ministerrats:

Abfallende-Verordnung für Altpapier

bvse rät Mitgliedsunternehmen, eine Teilnahme genau abzuwägen

Der Ministerrat der Europäischen Union hat die Beschlussvorlage zur Ratsverordnung über die Festlegung von Kriterien zum Abfallende von Altpapier verabschiedet. Jetzt muss noch das Europäische Parlament der Beschlussvorlage zustimmen, damit die Abfallende-Verordnung für Altpapier geltendes Recht in der Europäischen Union werden kann.

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. begrüßt, dass mit dem Beschluss des Ministerrates die „Hängepartie zum Abfallende für Altpapier“ beendet wurde und nun bald Rechtsklarheit auf diesem Feld besteht.

Mehr Bürokratie und finanzieller Mehraufwand

Für die Unternehmen der Altpapierbranche sind direkte Vorteile durch ein vorzeitiges Abfallende nicht in allen Fällen gegeben. Das machte bvse-Geschäftsführer Thomas Braun erneut deutlich. Er verweist darauf, dass den Altpapierentsorgern mehr Bürokratie sowie finanzieller und gegebenenfalls technischer Mehraufwand ins Haus stehen. Vorteile können sich im Produktstatus zumindest im Rahmen einer grenzüberschreitenden Altpapierverbringung ergeben. Die Unternehmen müssten daher klug abwägen, ob für sie eine Vermarktung von Altpapier als Produkt ein tragfähiges Modell für die Zukunft darstellt.

Absurde Kritik

Die vom Verband der Europäischen Papierindustrie (CEPI) am Tag der Ratsentscheidung geäußerte Kritik am Ende der Abfalleigenschaft von Altpapier weist der bvse entschieden zurück. CEPIs Behauptung, dass im Falle von End of Waste der dann dem Aufbereiter rein definitorisch zu-

fallende Status als „Recycler“ zu einer höheren Verunreinigung im Altpapier führen werde, sei „absurd“. Im Gegenteil: Die nur mit großem Einsatz erfüllbaren, anspruchsvollen Vorgaben der Abfallende-Verordnung bringen ein qualitativ erstklassiges Produkt Altpapier hervor, das dann in der Papierfabrik als Rohstoff eingesetzt werden kann. Dies verbessert und fördert den Recyclingaspekt.

Klare Absage

Tatsächlich gehe es CEPI wohl eher darum, Altpapier so lange wie möglich im Abfallregime zu halten. Die Papierindustrie verspreche sich davon, leichter auf Exportbeschränkungen für Altpapier hinwirken zu können und somit den freien Handel über die Grenze Europas hinweg auszuschalten. Diesem Bestreben erteilt der bvse-Fachverband Papierrecycling nach den Worten von Braun eine „klare Absage“.

In Europa werden jährlich 9 Millionen Tonnen Altpapier mehr erfasst, als von der europäischen Papierindustrie verarbeitet werden können. Würde die Möglichkeit des Exports eingeschränkt, gefährde dies den gesamten Papierkreislauf in Europa. Jedes Agieren der Papierindustrie in eine planwirtschaftliche Richtung münde in einen „fatalen Irrweg“, führe zu einer Abkehr von der separaten Altpapierfassung und konterkarriere den gesamten Recyclinggedanken. □

Tipps gegen eingefrorene Biotonnen im Winter

Die aktuell niedrigen Temperaturen können teilweise dazu führen, dass der Inhalt von Biotonnen festfriert und somit einzeln nicht geleert werden kann. Um dies zu vermeiden, empfehlen die Stadtreiniger, keine nassen Abfälle in die Biotonne zu werfen bzw. diese möglichst in Zeitungspapier einzuwickeln.

Eine weitere Möglichkeit, diese Problematik zu vermeiden, ist die Verwendung kompostierbarer Bio-Beutel, die es in der Umweltstation im Kundenbüro der „Stadtreiniger“ und beim Kompostwerk/Erdenmarkt (10 Stück: 1 Euro) gibt. Ferner sind die Bio-Beutel bei den in der Abfall-Info angegebenen Geschäften für den selben Preis erhältlich. Der Tipp der Stadtreiniger: „Stellen Sie die Biotonne nach Möglichkeit an einen frostfreien Platz - zum Beispiel in die Garage.“ □

Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben:

Konsolidierungskurs und starkes Marketing

Jahreshauptversammlung in Oberstaufen mit Wirtschaftsstaatssekretär Pschierer

Der Regierungsbezirk Schwaben mit seinen beiden Destinationen Allgäu und Bayerisch-Schwaben ist touristisch erfolgreich. Der Tourismus im Verbandsgebiet gibt Beschäftigung für über 90.000 Menschen und erwirtschaftet einen Anteil zum Bruttoinlandsprodukt von annähernd fünf Mrd. Euro. „Zahlen, die beeindruckend und den Anspruch der Tourismuswirtschaft als Leitökonomie und Querschnittsbranche auch in Schwaben nachweisen“, so Vorsitzender Klaus Holetschek bei der Mitgliederversammlung des Tourismusverbands Allgäu/Bayerisch-Schwaben in Augsburg.

Konkret brachte das Jahr 2012 der Destination Allgäu weiter steigende Tourismuszahlen. So ging es bei den Gästeankünften um insgesamt 4,4 Prozent bergauf, die Übernachtungszahlen stiegen um 2,6 Prozent. Alle Allgäuer Landkreise und kreisfreien Städte lagen dabei im Plus. Besonders gut fielen die Ergebnisse in der Stadt Kempten sowie im Landkreis Ostallgäu aus. Kaufbeuren konnte bei den Übernachtungen deutlich zulegen.

Vorjahresergebnis übertroffen

Auch Bayerisch-Schwaben verbuchte im vergangenen Jahr 2012 ein erfreuliches Plus bei den Tourismuszahlen. Die Gästeankünfte steigerten sich um insgesamt 6,1 Prozent, die Übernachtungen um 5,5 Prozent. Damit wurde das gute Vorjahresergebnis noch einmal verbessert. Außerdem lag die Destination sowohl bei den Ankünften als auch bei den Übernachtungen über dem gesamt-bayerischen Durchschnitt von 4,7 bzw. 4,2 Prozent.

Vor rund 130 Verbandsmitgliedern und Touristikern wies Holetschek darauf hin, „dass wir diesen Erfolg in erster Linie der in den vergangenen Jahren stetig weiter intensivierten Zusammenarbeit zwischen unseren Mitgliedern, dem Beherbergungsgewerbe und den wichtigsten touristischen Leistungsträgern verdanken“. Der Wettbewerb im Tourismus werde sich

in Zukunft national und im europäischen Umfeld weiter verschärfen. „Hier kommt es für uns deshalb darauf an, auch weiterhin die Gemeinsamkeiten im Denken, in der Produktentwicklung sowie mit einem effektiven Marketing zu stärken.“

Insgesamt hält es der Verband für notwendig, die Tourismusförderung in Bayern aktiv auf der politischen Ebene zu diskutieren. Hierbei gehe es um Vereinfachung und Bürokratieabbau mit dem Ziel, die wertvolle Förderung aus Landesmitteln in direkte Wertschöpfung in den bayerischen Tourismusdestinationen zu leiten. Gleichzeitig warnte Holetschek vor einer Rücknahme der Mehrwertsteuerreduzierung für die Hotellerie.

Hohes Niveau beibehalten

Laut Verbandsgeschäftsführer Bernhard Joachim ist es unabdingbar, auch im Tourismusmarketing auf hohem Niveau weiterzuarbeiten, um die Tourismuszahlen auf dem aktuell erfreulichen Stand zu halten. Neben dem politischen Engagement habe der Verband inzwischen auch die Aufgaben einer Marketingagentur für seine beiden Destinationen - im Allgäu über die Allgäu GmbH und in Bayerisch-Schwaben über die TVABS-Geschäftsstelle in Augsburg. Als wichtige Projekte beider Destinationen im Jahr 2013 nannte Joachim den Gesundheitsgipfel, die Radrunde Allgäu und die Bayerisch-Schwaben-Lausch-

tour, ausgezeichnet mit dem ADAC Tourismuspreis Bayern 2013. Als herausragende Projekte des nächsten Jahres stellte er unter anderem den Start der Wandertrilogie Allgäu sowie den Launch des Bayerisch-Schwaben-Blogs vor.

Wirtschaftsstaatssekretär und Gastredner Franz Josef Pschierer erklärte, mit seinen innovativen Tourismusprojekten sei der Verband eine Erfolgsgeschichte, die vom bayerischen Wirtschaftsministerium weiter unterstützt und gefördert werde.

Innovationsfreude

Auch im Gesundheitstourismus zeige sich die Region innovationsfreudig, beispielsweise mit Deutschlands erstem glutenfreien Reiseziel, dem Allgäuer Kurort Scheidegg. In Bad Hindelang wurde das Thema ‚Urlaub für Allergiker‘ von der Unterkunft bis zum Restaurant-Angebot komplett durchdekliniert. Mit der erstmaligen Ausrichtung des Deutschen Wandertages in einer Alpenregion in Oberstdorf in diesem Jahr und der Google-Street-View-Kampagne des Heilbades Oberstaufen, die bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt hat, setzten die schwäbischen Touristiker weitere wichtige Impulse im Wettbewerb um den Gast, von der die gesamte Tourismusregion profitiert.

Historischer Rekord

Die positive Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen bestätigt Pschierer zufolge die Leistungen der örtlichen Unternehmer und Touristiker. So erzielte der Regierungsbezirk Schwaben im Jahr 2012 mit 4,4 Millionen Gästen und 13,9 Millionen Übernachtungen ein historisches Rekordergebnis. Dabei erfreute sich die Wander- und

Gesundheitsdestination insbesondere bei den Gästen aus dem Nachbarland Schweiz großer Beliebtheit.

Exzellente Qualität

„Uns Schwaben wird ja allgemein eine besondere Pfliffigkeit und Kreativität zugeschrieben. Dies gilt in besonderer Weise für den Tourismus“, lobte Pschierer die Innovationskraft der Tourismusregion. Der Wirtschaftsstaatssekretär abschließend: „Die Erfolge Schwabens reihen sich in eine positive Tourismusedwicklung

im gesamten Freistaat ein. Unsere bayerischen Tourismusangebote von Würzburg bis Berchtesgaden, von Oberstdorf bis Passau sind hoch attraktiv und international äußerst beliebt. Dies ist nicht zuletzt der exzellenten Qualität und Professionalität unserer Destinationen und Betriebe zu verdanken.“

Wichtige Barrierefreiheit

Auf großes Interesse stießen auch die beiden Impulsvorträge der Jahreshauptversammlung. Zum einen stellte Jens Huwald,

Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing GmbH, die neuen Dachmarken-Kampagnen der by.TM vor. Er lud die Verbandsmitglieder ein, die Marke Bayern auch von schwäbischer Seite mit Leben zu füllen. Anschließend unterstrich Michaela Waldmann vom Landratsamt Ostallgäu die Bedeutung des Themas „Barrierefreiheit“ für die Zukunft des Tourismus in Zeiten des demographischen Wandels. Ein Thema, das in den neuen tourismuspolitischen Leitlinien des Verbands an der Spitze steht. **DK**

Mehr Ärzte braucht das Land

Regionale Gesundheitskonferenz will Vorschläge zu besserer Versorgung erarbeiten

Die wohnortnahe ärztliche Versorgung soll in der Region Südostoberbayern nachhaltig gesichert und – wo erforderlich – verbessert werden. Um diese im wahrsten Sinn des Wortes lebenswichtige Aufgabe zu unterstützen, hat die Bayerische Staatsregierung vor kurzem das Gebiet der „Region 18“ mit den Landkreisen Rosenheim, Mühldorf, Altötting, Traunstein und Berchtesgadener Land sowie der kreisfreien Stadt Rosenheim als Modellregion ausgewählt und Fördermittel für ein Jahr in Aussicht gestellt. Das teilte Landrat Hermann Steinmaß den Mitgliedern des Planungsausschusses mit.

Bereits am 12. Dezember wird eine regionale Gesundheitskonferenz mit Vertretern aus Politik, Gesundheitswesen, Sozialversicherungsträgern und weiteren Fachorganisationen ins Leben gerufen. Themenschwerpunkte werden zunächst die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sowie die Förderung und Kooperation von Gesundheitsberufen sein. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Als Vorsitzender der Regionalen Planungsverbände Südostoberbayern wurde Traunsteins Landrat Hermann Steinmaß jahrelang nicht müde, die zuständigen Stellen vor allem in München immer wieder nachdrücklich auf drohende Probleme bei der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aufmerksam zu machen. „Wir haben eine sehr gute stationäre Versorgung, und noch ist in allen Landkreisen unserer Region auch die Versorgung mit Hausärzten gut. Es gibt aber schon Gemeinden, die im Gegensatz zu früher keinen

reich von 10.000 Einwohnern als optimal. Dabei plädierte er für den Aufbau von „Hausarztzentren“.

Insgesamt wurde von den Mitgliedern des Ausschusses die Einführung der regionalen Gesundheitskonferenz als dringend notwendig erachtet, so dass der entsprechende Beschluss einstimmig gefasst wurde. Im Dezember 2014 soll der Prozess beendet sein und ein Ergebnis vorliegen. Weitere Modellregionen sind übrigens die Landkreise Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen. **□**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



4. Wettbewerb „Familienfreundliches Oberfranken“

Im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung im Festsaal der Freiheitshalle Hof wurden kürzlich die Sieger des Wettbewerbs „Familienfreundliches Oberfranken“ gekürt. In vier verschiedenen Kategorien hatte die Jury insgesamt 12 Projekte nominiert. Die Preisträger wurden im Rahmen eines Festaktes vor knapp 180 Gästen bekannt gegeben und von Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Vorsitzender von Oberfranken Offensiv e.V., und Gregor Scheller, Bezirkspräsident des Genossenschaftsverbandes Bayern-Oberfranken geehrt.

In der Kategorie „Gemeinden, Städte, Märkte, Landkreise und Hochschulen/Behörden“ wurden die Gemeinde Gesees und der Markt Eggolsheim ausgezeichnet. In der Kategorie „Kirchliche Träger“ siegten die Hospitalstiftung Hof sowie die Evang.-Luth. Kirchengemeinde Nikodemuskirche Bayreuth und in der Kategorie „Institutionen und Vereine“ der Stadtjugendring Coburg. Mit dem Sonderpreis für Unternehmen (ohne Preisgeld) wurde die Netzsch-Gruppe geehrt. Die Preisträger erhielten ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 25.000 Euro, das bereits zum vierten Mal von den Volksbanken und Raiffeisenbanken in Oberfranken zur Verfügung gestellt wurde.

„Die knapp 280 Teilnehmer an vier Wettbewerben sprechen ihre eigene Sprache. Sie beweisen, in Oberfranken wird das Thema ‚Familie‘ gelebt“, betonte Wilhelm Wenning, „Nicht der Ruf nach dem Staat, sondern vielmehr die Umsetzung von christlichen Werten, wie Nächstenliebe verbunden mit aktivem Tun unter Zugrundelegung demokratischer Grundsätze, sind die Keimzelle eines familienfreundlichen Oberfrankens“, hob Gregor Scheller, Bezirkspräsident GVB-Oberfranken, hervor. Die Preisverleihung wurde von den Suzukischülerinnen und -schülern der Musikschule der Hofer Symphoniker musikalisch umrahmt. **□**

Landkreis Miltenberg:

5.000 Euro für seniorenpolitische Konzepte

Mit einem Preisgeld von insgesamt 5.000 Euro hat Landrat Roland Schwing im Miltenberger Landratsamt drei kommunale seniorenpolitische Konzepte ausgezeichnet. Das Konzept aus Bürgstadt hatte die Nase vorne, gefolgt von den Konzepten aus Elsenfeld und Mönchberg.

Im großen Sitzungssaal freute sich der Landrat über die positiven Auswirkungen des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes des Landkreises Miltenberg. So gebe es mittlerweile in allen Kommunen Seniorenbeauftragte oder Seniorenvertretungen, häufig sogar Seniorenbeiräte. „Das ist ein toller und wichtiger Erfolg“, sagte Schwing, der die Diskussion und Fortführung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes in den Kommunen ausdrücklich begrüßte. Der Landkreis

rat, „alle Konzepte waren von großem Engagement und hoher Motivation geprägt.“

Die Jury mit Elisabeth Büchler (Seniorenreferentin Stadt Miltenberg), Erich Hein (ehemaliger Bürgermeister Großwallstadt, aktiv in der Seniorenarbeit), Dr. Erwin Dittmeier (Abteilungsleiter „Gesundheit und Soziales“ am Landratsamt), Nadja Schillikowski (Seniorenfachkraft am Landratsamt) und Manfred Vill (Sozialamtsleiter) habe es schwer gehabt.

rechte sowie Mutter-Kind-Parkplätze zu schaffen und moderne Bushaltestellen zu fördern.

Nach einer Bedarfsabfrage unter örtlichen Senioren mit hohem Rücklauf habe sich Anfang 2012 ein Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ gebildet, der unter Einbeziehung zahlreicher Partner die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe von Senioren gestellt habe. Daraus habe sich die Initiative „Helfen verbindet“ entwickelt, in der 30 Helfer aktiv sind, die sich in vielfältiger Weise um Senioren kümmern – etwa mit einem häuslichen Besuchsdienst, Begleitung bei Spaziergängen, mit Fahrdiensten oder mit der Unterstützung von pflegenden Angehörigen.

Auf dem zweiten Platz (1.250 Euro) landete die Seniorenarbeit des Marktes Elsenfeld. Willi Kemmerer erläuterte, wie man in der Marktgemeinde insgesamt elf Handlungsfelder bearbeitet habe: So habe man nach eigenen Recherchen und Bürgerbefragungen die Situation bewertet und Empfehlungen für geeignete Maßnahmen ausgesprochen. Dabei sei unter anderem der Aufbau eines ehrenamtlichen Fahrdienstes, die Einrichtung einer offenen Seniorenbegegnungsstätte und die offizielle Bestellung eines Seniorenbeirats empfohlen worden.

„Die Seniorenarbeit soll zukünftig im Markt Elsenfeld wie eine Pflichtaufgabe behandelt werden“, lautete das Fazit der Ehrenamtlichen. Der Seniorenbeirat sei im Jahr 2012 gebildet worden, sagte Kemmerer, auch habe sich ein „Netzwerk Nachbarschaft“ gegründet. Als „Highlight“ bezeichnete er den im Oktober 2013 gegründeten Seniorentreff „Mittendrin“. Dessen Leiterin Christa Lebert sei auch Ansprechpartnerin in Seniorenfragen.

Beispiel Mönchberg

Für das Seniorenprojekt in Mönchberg, das den dritten Preis (1.250 Euro) bekam, freute sich Simone Ackermann über „eine schöne Anerkennung der bisherigen Leistungen und Ansporn für künftiges Arbeiten.“ Sie ließ eine Bedarfsumfrage unter den örtlichen Senioren Revue passieren und berichtete von einem Workshop, der ein seniorenpolitisches Konzept auf Gemeindeebene entwickelt habe.

Insgesamt zehn Handlungsfelder würden von kleineren Gruppen bearbeitet, die untereinander vernetzt seien, erklärte sie. In allen Handlungsfeldern seien Angebote entwickelt worden – unter anderem das „Projekt Gemeindegewest“, mit dem die jederzeit erreichbaren Schwestern Senioren nach Krankenhausaufenthalten unterstützen. „Sich im Alter wohlfühlen“ sei das Ziel aller Aktionen, so Ackermann.

Landrat Roland Schwing würdigte nach der Übergabe der Urkunden und der Schecks die Leistung aller Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Seniorenarbeit engagieren, auch die Bürgermeister und Gemeinderäte. Beglückwünschen dürfe man auch die Senioren in den Kommunen, die vor Ort Menschen finden, die jederzeit für sie da sind. Projekte wie die ausgezeichneten seien „solide und nachhaltige Fundamente für ein gutes Leben der Seniorinnen und Senioren in den Kommunen“, würdigte Roland Schwing den Einsatz aller in der Seniorenarbeit Tätigen.

Im Namen des Bayerischen Gemeindetags gratulierte Kreisvorsitzender Michael Berninger den Gemeinden zu den Preisen. „Das Preisgeld wird sicher für die richtigen Dinge eingesetzt“, zeigte er sich überzeugt. „Seniorenbeiräte



Gruppenbild der Ehrenden und Geehrten - von links: Landrat Roland Schwing, Bürgermeister Matthias Luxem und Willi Kemmerer (beide Elsenfeld), Bürgermeister Thomas Zöllner und Simone Ackermann (beide Mönchberg), Bürgermeister Bernhard Stolz und Renate Gümpel (beide Bürgstadt) sowie Michael Berninger (Kreisvorsitzender Bayerischer Gemeindetag).

könne den Rahmen für gute Bedingungen der Seniorinnen und Senioren schaffen, so Schwing, die Umsetzung müsse aber an der Basis in den Kommunen erfolgen. Als der Kreis den mit 7.000 Euro dotierten zweiten Förderpreis für sein seniorenpolitisches Gesamtkonzept bekommen habe, sei schnell klar gewesen, dass das Geld für Fortbildungen der Seniorenbeauftragten sowie für Seniorenkonzepte auf Gemeindeebene ausgegeben werden solle. Fünf Kommunen hätten sich am Wettbewerb beteiligt, sagte der Land-

rat. Den ersten Preis, dotiert mit 2.500 Euro, holte sich das Konzept aus Bürgstadt, das unter dem Motto „Helfen verbindet Bürgstadt – Wir verschenken eine Stunde Zeit“ steht. Bürgermeister Bernhard Stolz verwies darauf, dass man in Bürgstadt die Probleme aufgrund der demographischen Entwicklung rechtzeitig erkannt habe. Die Gemeinde selbst habe ihren Beitrag geleistet – etwa bei der Orts- und Entwicklungsplanung. So habe man unter anderem darauf geachtet, barrierefreie Zugänge zu gestalten, behindertenge-

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

Taufkirchener Beitritt

Die 74. Verbandsversammlung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) tagte vor kurzem in Unterföhring. Sie beschloss den Beitritt der Gemeinde Taufkirchen als neues PV Mitglied.

Ab 2014 zählt der Verband damit – neben der Landeshauptstadt München und den acht Landkreisen der Region München – 144 Städte, Märkte und Gemeinden als Mitglieder. Weitere Themen der Verbandsversammlung waren die Vorstellung der neuen Website sowie Beschlüsse zu Haushalt, Satzung und Vergütungsrichtlinien.

„Ich freue mich, dass wir nach drei Jahren wieder Mitglied im Planungsverband sind“, sagte Angelika Steidle, 2. Bürgermeisterin der Gemeinde Taufkirchen zum Wiedereintritt ihrer Gemeinde zum Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München als 153. Mitglied.

Verbandsdirektor Christian Breu warte in seinem Bericht vor allzu heftiger Ablehnung von Ortsentwicklungsprojekten, die sich in den vergangenen Jahren in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden immer häufiger äußerte. Diese richteten sich gegen Gewerbe, gegen Lebensmittelversorgung, gegen Logistik, gegen

Kindergärten, gegen Kinderlärm, gegen Verkehr, gegen Sozialwohnungen, gegen Unterbringung von Asylbewerbern etc.

Breu verwies darauf, dass bei der Ortsentwicklung nicht nur die Interessen der jetzigen Gemeindeglieder, sondern auch die der zukünftigen, insbesondere der nachfolgenden Generationen gelten. Bürger, Wirtschaft und Gesellschaft müssten daher möglichst früh in die Überlegungen zur Gemeinde- und Stadtentwicklung einbezogen werden. Zudem müsse mehr Werbung für die Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Ortsentwicklung gemacht werden.

Zum Abschluss stellte Breu die neue Internetseite des Planungsverbands vor. Unter www.pv-muenchen.de präsentiert der PV Referenzprojekte und informiert über aktuelle Verfahren, Veranstaltungen und Publikationen. Die Verbandsversammlung fasste zudem Beschlüsse zu Haushalt, Verbandsatzung und Vergütungsrichtlinien. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Es ist immer dasselbe: Wenn man nicht nur jammert, klagt und sich beschwert, sondern mit Kreativität, Originalität und guten Ideen an ein Problem herangeht, stellen sich die tollsten Lösungsmöglichkeiten ein.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat angesichts des Bergs an Beschwerde-schreiben wegen des schulfreien Buß- und Bettags bei uns einen Pressespiegel bestellt, in dem die Feiertagsaktivitäten aus ganz Bayern Revue passieren.



Jahren ein Netzwerk geknüpft, das für jedes Kind, deren Eltern das wünschen, ein Betreuungsangebot bereit stellt. Vielleicht pädagogisch nicht der Brüller, aber halt solide kommunalpolitische Handwerksarbeit.

Aber da trotzdem wieder mindestens ein Dutzend Bürgerbriefe auf seinem Schreibtisch landeten, die sich über das Schulfrei am Buß- und Bettag beschwerten, wollte der Chef mal wissen, wie es andere so machen. Und da förderten wir in der Online-Recherche eindrucksvolle Dinge zu Tage, die zeigen, dass dieser freie Tag nicht unbedingt nur mit Notlösungen überbrückt werden muss, sondern auch tolle Aktionen möglich sind.

Das Problem ist einfach und füllt jedes Jahr Ende November die Zeitungsspalten und Beschwerdedecken. Der im protestantischen Kirchenjahr wichtige Tag der Ein- und Umkehr elf Tage vor dem ersten Advent ist kein gesetzlicher Feiertag, wird aber vom Staat dessen ungeachtet geschützt. So haben etwa bekenntnisangehörige Arbeitnehmer das Recht, von der Ar-

beit fernzubleiben. Und für die Schüler ordnet das Feiertagsgesetz, unabhängig von der Bekennniszugehörigkeit lapidar an: An den Schulen aller Gattungen entfällt der Unterricht.

Schulfrei am Buß- und Bettag

Während also Mama und Papa, sofern sie nicht ihren religiösen Pflichten durch einen Urlaubstag Tribut zollen, ebenso wie die Lehrkräfte brav zur Arbeit müssen, haben Schülerinnen und Schüler von der Grundschule über das Gymnasium bis zu den beruflichen Schulen frei. Während das bei älteren oder gar erwachsenen Schülern naturgemäß cool kommt, bleibt für alle anderen ein gewisses Problem: Wie wird die Betreuung organisiert?

Obwohl diese Herausforderung nun schon gut 20 Jahre jeden November lauert, hört man jedes Jahr an dem bewussten Mittwoch schon in Allhergottsfrühe aus dem Radio den Schreckensruf besorgter - oder so tuender - Mütter/Väter: Was fange ich mit den Kindern an? Bei der Lektüre der Zeitungen kommt noch der unvermeidliche Artikel, der von einer Alleinerziehenden berichtet, die vom Chef nicht frei bekommen hat und jetzt angeblich krankfeiern muss, um den Nachwuchs nicht auf der Straße verwahrlosen zu sehen.

Natürlich hat der Bürgermeister zusammen mit den Leiterinnen und Leitern der Kindergärten, Horte und Schulen in der Stadt schon seit

Der Klassiker ist mittlerweile der Eltern- und Kind-Tag in Betrieben und Behörden. Eltern nehmen ihre Kleinen also ganz einfach mit an den Arbeitsplatz, wo sie mal forschen können, was die Eltern so den ganzen Tag machen, deren Kollegen kennenlernen oder die Kantine mit der Schulkantine vergleichen. Mittlerweile kommen in manchen Betrieben auch die „Betreuungsgäste“ in die Jahre, so dass es fast den Charakter von Berufsorientierungstagen annimmt. Die Betriebe und Verwaltungen lassen sich viel Kreatives einfallen, damit der Arbeitsplatz einmal im Jahr ein Ort der Familie wird. Museen und Galerien bieten Schülerworkshops, bei denen sie ihre Schätze präsentieren und die Kinder zum Entdecken ermuntern. Schüler von Abschlussklassen an Mittelschulen verbringen den Tag mit ihren Qualipaten und nutzen die freien Stunden, um ein Bewerbungstraining zu absolvieren.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist wild entschlossen, einige dieser Ideen im nächsten Jahr aufzugreifen. Vor allem wird er den Eltern-Kind-Tag im Rathaus aufpeppen und für die Kids spannender machen – vielleicht ein Ausflug zum Bauhof inklusive einer Runde Unimog in der Kiesgrube für alle? Dann wird er den Leiter des städtischen Museums aus dem Tiefschlaf holen, um dort ein pädagogisches Angebot einzuführen. Ob er wohl überall sofort auf positive Resonanz stößt? Diesmal twittert der Chef mir ein Zitat von Mark Twain: „Ein Mann mit einer neuen Idee ist ein Narr – so lange, bis sich die Idee durchgesetzt hat.“

the Sabriul

Schullandheimwerk Niederbayern-Oberpfalz:

75-jährige Erfolgsgeschichte

Das Schullandheimwerk Niederbayern-Oberpfalz hat am Ort seiner Gründung, im Historischen Reichssaal in Regensburg, mit einem Festakt sein 75-jähriges Jubiläum gefeiert. Bernd Siebler, Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, sprach von einer „echten Erfolgsgeschichte“.

Zwar sei die Gründung 1938 in eine dunkle Zeit gefallen und das Schullandheimwerk in der Anfangszeit ein Stück weit von der Nazi-Ideologie getragen worden. Umso bemerkenswerter sei nach dem zweiten Weltkrieg aber die Wende gewesen - hin zu einer neuen Zielsetzung, die dem Aufbau ei-

nes demokratischen Gemeinwesens dienen sollte. Es sei gut, dass die Schüler die Oberpfalz und Niederbayern nicht verlassen müssen, um spannende Tage im Schullandheim zu erleben, erklärte Siebler.

Dass hinter dem Aufenthalt im Schullandheim viel mehr steckt als nur ein herkömmlicher Ausflug, machte Regensburgs Bürgermeister Manfred Weber deutlich. Er stärke den Klassenverbund und Sorge für ein ausgewogeneres Klima zwischen den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften. Dennoch sei ein Aufenthalt im Schullandheim nicht mit Ferienerholung und Urlaub zu verwechseln, so Weber. Neben aller Heiterkeit und allem Vergnügen stehe auch der Aspekt des Lernens im Mittelpunkt.

Erklärtes Ziel des Vereins sei es beispielsweise auch, bestimmte Formen des Wissenserwerbs zu fördern, die speziell an den „Lernraum Schullandheim“ angepasst sind. Hierzu gehöre unter anderem ein fächerübergreifender Unterricht, der abseits der Schulgebäude in der freien Natur oft besser umgesetzt werden kann. Außerdem ermögliche das Schullandheimwerk die sachkundige Vermittlung von Wissen in wichtigen Bereichen wie der Sozial- oder Gesundheitserziehung. Was im Klassen-

zimmer abstrakt und kompliziert erscheint, könnten die Schülerinnen und Schüler auf diese Weise experimentell erfahren und hautnah erleben.

Auch an den Wochenenden und in den Schulferien stehen die vier vom Schullandheimwerk betriebenen Schullandheime in Riedenburg, Gleißenberg, St. Englmar und Habischried keineswegs leer: Während dieser Zeiten werden die Schullandheime ebenfalls von außerschulischen Gruppen genutzt, die zum Beispiel in der Jugendarbeit oder der Erwachsenenbildung tätig sind. So veranstalten Musikgruppen und Sportvereine aus ganz Bayern dort Probenwochenenden und Workshops. Außerdem finden in regelmäßigen Abständen Veranstaltungen der Lehreraus- und -fortbildung in den Schullandheimen statt.

Schullandheimwerks-Vorsitzender Karl-Heinz Thöne wies darauf hin, dass es die Schullandheimbewegung in Ostbayern stets geschafft habe, sich dem Zeitgeist anzupassen, es aber auch gelungen sei, den Grundgedanken eines außerschulischen Lernorts, der sich an aktuellen und bildungspolitischen Themen orientiert, beizubehalten.

Als aktuelle Herausforderungen benannte Thöne die gestiegenen Ansprüche der Gäste, die Belegungsschwäche im Winter sowie den Rückgang bei den Sammlungen für das Schullandheimwerk. **DK**

20 Jahre SDF Klosterlangheim

Festveranstaltung im Lichtenfelser Stadtschloss mit zahlreichen Kommunalpolitikern

Mit einer Festveranstaltung im Lichtenfelser Stadtschloss hat die Schule der Dorf- und Flurentwicklung (SDF) Klosterlangheim ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Der Vorstandsvorsitzende, Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler, konnte hierzu rund 100 Gäste begrüßen, darunter zahlreiche Kommunalpolitiker sowie Vertreter von Behörden und Verbänden aus den drei fränkischen Regierungsbezirken.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist ein zentraler Bestandteil zur erfolgreichen Entwicklung des ländlichen Raumes in Bayern. Mit ihrer Arbeit in den vergangenen 20 Jahren hat die Schule der Dorf- und Flurentwicklung Klosterlangheim einen wichtigen Beitrag geleistet, um den Bürgern, Kommunalpolitikern und Fachleuten aus einer Gemeinde oder Region diese kompetente Mitwirkung zu ermöglichen.

Die Bürger qualifizieren und motivieren

Wie Vorsitzender Denzler ausführte, sei es das Anliegen der SDF, in ihren Seminaren die Bürger zu qualifizieren und zu motivieren, um Entwicklungen im ländlichen Raum zu gestalten. Für diese Seminare erhalte sie finanzielle Unterstützung aus dem Bayerischen Dorferneuerungsprogramm.

„Sicher sind diese Mittel bestens angelegt. Damit die in den Seminaren entwickelten Ideen und Projekte keine Luftschlösser bleiben, sondern auch umgesetzt werden und das Engagement auch zu sichtbarem Erfolg und realen Verbesserungen führt, bedarf es staatlicher Zuschüsse. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, unseren Ab-

geordneten insbesondere auch im Namen der Schule zu danken, dass die entsprechenden finanziellen Mittel vom Bund und vom Bayerischen Landtag bereitgestellt werden“, betonte Denzler.

Gesamtfränkische Einrichtung

Der Leiter der Verwaltung für Ländliche Entwicklung, Maximilian Geierhos, hob die Vorbereitung auf eine aktive und verantwortungsvolle Mitwirkung der Bürger in Verfahren der Ländlichen Entwicklung hervor, die eine wichtige Rolle im Seminarangebot spielten. Dr. Bianca Fischer, 1. Bürgermeisterin der Stadt Lichtenfels, verwies ihrerseits auf die Bedeutung der gesamtfränkischen Einrichtung für die Stadt Lichtenfels. Insbesondere erinnerte sie an die unter der Trägerschaft der Stadt und des Landkreises Lichtenfels durchgeführte Sanierung des Konventbaus des ehemaligen Zisterzienserklosters Langheim. Damit seien nicht nur für den Seminarbetrieb hervorragende räumliche Voraussetzungen geschaffen worden; vor allem habe man ein historisch bedeutsames Bauwerk erhalten und mit neuem Leben erfüllt.

Wie Franz Winter, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Dürr-

wangen und Bezirksvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Mittelfranken, erläuterte, sei die SDF Klosterlangheim ein ganz entscheidender Teil im Dorferneuerungs- und Flurneuordnungsverfahren. „In der Gesamtbetrachtung müssen wir aufpassen, dass das gesamte Paket nicht in seinen bisherigen und alten Strukturen auf der Stelle tritt. Ich meine damit, dass die Verfahren ‚segsreiche‘ Einrichtungen für den ländlichen Raum sind, aber wir auch selbst uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir uns der neuen Zeit und der ‚neuzzeitlichen‘ Umsetzungen anpassen müssen.“

Denkwürdiger Tag

In einem gemeinsamen Rückblick erinnerten Lothar Winkler, Leitender Baudirektor am Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken und Stammreferent an der SDF sowie Hans Popp, 1. Bürgermeister der Stadt Merkendorf, an den 29. September 1993. An diesem Tag kamen auf Einladung des damaligen Regierungspräsidenten, Dr. Erich Haniel, und des Präsidenten der Direktion für Ländliche Entwicklung Bamberg, Bruno Rahn, 130 Fachleute aus ganz Franken im Festsaal des Stadtschlosses Lichtenfels zur Gründungsversammlung zusammen.

Erfolgsgeschichte

Diese Veranstaltung bildete den Auftakt zu einer Erfolgsgeschichte. Die große Nachfrage beweist, wie wichtig das Angebot der Schule für die Gemeinden im ländlichen Raum ist. In den zurückliegenden 20 Jahren hat die Schule 635 Seminare, Fachtagungen und Exkursionen durchgeführt. Daran nahmen über 13.000 Kommunalpolitiker, Bürger und Fachleute teil.

Die wichtigsten Partner der Schule der Dorf- und Flurentwicklung sind die Gemeinden in ganz Franken. Rathauschef Popp

schilderte am Beispiel seiner Kommune, wie diese von der Unterstützung durch die Schule profitiert. „Das Amt für Ländliche Entwicklung und die Schule der Dorferneuerung gehören zusammen. Beide bilden im Prozess der Dorferneuerung ein Ganzes. Die Umsetzung in neun unserer Ortsteile hat die Entwicklung der Gemeinde deutlich vorangebracht.“

Situation in Merkendorf

Im ablaufenden Jahr sind nach Popp Darstellung die Einwohnerzahlen in Merkendorf nach Jahren eines leichten Rückgangs um zwei Prozent gestiegen. In den betroffenen Ortsteilen verzeichne man kaum Leerstände. Durch eine kluge Verknüpfung von Dorferneuerung und dem Einsatz erneuerbarer Energien seien erstaunliche Ergebnisse erzielt worden. So habe der Selbstversorgungsgrad im Bereich elektrischer Energie im Jahr 2012 ca. 260 Prozent betragen. Fünf Wärmenetze entstanden im Zuge der Dorferneuerung. Fast 8,5 Millionen Euro Erlöse aus dem EEG konnten die Anwender in 2012 vereinnahmen. Im neuen Gewerbegebiet Energiepark wurden seit 2006 320 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Popp: „Mit beiden Entwicklungsschritten unter wir unsere Steuerkraft deutlich steigern. Dies gibt uns finanzielle Spielräume zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in unserer Stadt und den zugehörigen Dörfern. Damit verfolgen wir die Strategie ‚Auspender binden – Einpendler gewinnen!‘“

Partnerschaftliche Kontakte

Dass ein Erfolgsrezept der Schule in der Partnerschaft mit anderen Behörden und Verbänden, insbesondere aber mit den Schulen der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten und Plankstetten liegt, blieb beim Festakt ebenfalls nicht unerwähnt. Als Forum für den ländlichen Raum arbeiten die drei Schulen intensiv zusammen und unterstützen sich gegenseitig. DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Firma Mörtlbauer Baumaschinen Vertriebs GmbH, Fürstzell, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



SDF-Vorstandsvorsitzender Dr. Günther Denzler.

Bayerischer Städtetag:

Haugeneder neuer Bezirksvorsitzender Oberbayern

In der Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Städtetags in Ingolstadt wurde der Bürgermeister der Stadt Neuötting, Peter Haugeneder, zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Oberbayern gewählt. Haugeneder tritt als Bezirksvorsitzender die Nachfolge des ehemaligen Mühldorfer Bürgermeisters Günther Knoblauch an, der inzwischen sein Mandat als Abgeordneter des Bayerischen Landtags angetreten hat. Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, Ingolstadt, bleibt Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Oberbayern.

Die Vorsitzenden der Bezirksversammlungen üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze der Bezirksversammlungen. Die Bezirksvorsitzenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und sie repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen.

In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr zu ihren Bezirksversammlungen. Dort behandeln sie regionalspezifische Anliegen und diskutieren über aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen für sechs Jahre neu gebildet.

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 19. Dezember 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Kommunikationstechnologie
- Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gesell. für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
053 26 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenreduktionshaus Schulz
Frauenloggen 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Geschenke für Neugeborene

kerler

Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher/Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungen | Frequenzanalysen | Nahversorgungs-konzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen



Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de



Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
granware · lichtschnur · led

bachhofstraße 8
91233 Neukirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
fax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

weihnachten für **2014**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Kommunaltechnik



Schneepflug

- Gradermesser
- Hardox-Verschleißteile
- Schneeräumleisten
- Schaufelzähne

Verschleißteile
Onlineshop: www.baumaschinen-verschleissteile.com



Salzstreuer



Asphaltverteiler



Asphaltfräse



Astschere



Schnittgriffel



BAUMASCHINEN • GABELSTAPLER • ANBAUGERÄTE • VERSCHLEISSTEILE • KOMMUNALTECHNIK • FORSTGERÄTE

Venieri Baggerlader

Das Multitalent von Mörtlbauer

Mörtlbauer MAXXI-Service

- Kompetente Fachberatung für kommunale Arbeiten
- Großes Sortiment an Ersatz- und Verschleißteilen
- Antausch aller Baumaschinen
- Servicetechniker
- Leihgeräte und Mietpark
- Vermittlung von Spezialfirmen
- Umbau von Baumaschinen und Anbaugeräten

Unser Leitsatz: „Ein Kunde der absolut zufrieden ist, ist unser oberstes Ziel“. Wir stellen Kundenwünsche in den Mittelpunkt und suchen für jeden nach der für ihn besten Lösung.



Baumaschinen Vertriebs GmbH
D-94081 Fürstzell, Aspertscham 10
Tel 08502 / 9138-0, Fax 08502 / 9138-38
info@moertlbauer-baumaschinen.de
www.moertlbauer-baumaschinen.de

Mörtlbauer Baumaschinen GmbH
A-6233 Kramsach, Hagau 79
Tel 05337 / 62 177, Fax 05337 / 62 404
www.abbruchwerkzeuge.at



Venieri Baggerlader

Einer, der einfach alles kann



TECHNISCHE DATEN

Typ	1.33	5.23	8.23	10.23
Leistung	38 kw 52 PS	68 kw 92 PS	77 kw 105 PS	86 kw 117 PS
Einsatzbereich	3,3 to.	6,0 to.	7,5 to.	9,5 to.
Breite	1350 mm	1900 mm	2100 mm	2250 mm



Foto: Venieri 1.33 B

Im professionellen kommunalen Maschineneinsatz waren Höchstleistung und Zuverlässigkeit bisher die wichtigsten Voraussetzungen, die von einer Maschine erwartet wurden. Doch mit den Anforderungen an zeit- und kostensparenden Arbeitskombinationen müssen heute Baumaschinen noch mehr bieten.

Mörtlbauer Baumaschinen hat jetzt einen Lader, der diesen Anforderungen gerecht wird. Ein echtes Multitalent, der sich mit verschiedensten Anbaugeräten ausrüsten lässt. Dadurch können vielfältige Aufgaben im kommunalen Einsatz – mit nur einem schlagkräftigen Gerät – erledigt werden.

Knick-gelenkt

Die Venieri-Baggerlader sind Knick-Lenker. Der Vorteil liegt auf der Hand: Wendig und einsatzfähig, wie ein richtiger Radlader. Genau das ist für viele Arbeiten entscheidend. So kann der Venieri auch, in schwierigstem Gelände, mit Leichtigkeit eingesetzt werden.

Fahrkomfort & Ausstattung

Für einen langen Arbeitstag auf dem Lader ist eine übersichtliche und komfortable Fahrerkabine eine wichtige Voraussetzung. Venieri bietet daher von der Klimaanlage bis zur Standheizung alles an, was für den professionellen Einsatz wichtig ist. Auch einfach durchzuführende Wartungsarbeiten – wie einfache und



schnelle Zugangsmöglichkeit zu Motor und Hydraulik (siehe Foto) – zählen dazu.

Für alle Fälle richtig ausgerüstet!

Egal, welche kommunale Arbeiten anstehen, Mörtlbauer Baumaschinen rüstet den Venieri-Lader für Ihre Einsätze individuell aus. Nahezu alle Anbaugeräte lassen sich an den Baggerlader anbauen, so haben Sie nur eine Maschine mit der Sie Ihre Arbeiten effizient erledigen können.



Anbaugeräte

- Abnehmbarer Heckbagger
- Asphaltfräse
- Erdbohrer
- Salzstreuer
- Seitenkippschaufel
- Teleskoplöffelstiel
- Abbruchhammer
- Mähwerk
- Schneefräse
- Leichtgutschaufel
- Drainagelöffel
- Greifzange
- Räumschild
- Gabelzinken
- Verladeschaufel
- Grabenräumlöffel
- Seitenknickausleger
- Baumzange
- und vieles mehr!



Mörtlbauer
BAUMASCHINEN